

Wissenschaftliches Zentrum
für Berufs-
und Hochschulforschung

Gesamthochschule Kassel



AP_TE1278

Ulrich Teichler

2 Der Wandel der Beziehungen von
Bildungs- und Beschäftigungssystem
und die Entwicklung der beruflich-
sozialen Lebensperspektiven
Jugendlicher

Dezember 1978

Arbeitspapiere

Arbeitspapiere des Wissenschaftlichen Zentrums
für Berufs- und Hochschulforschung an der Gesamthoch-
schule Kassel

Nr. 2

Ulrich Teichler

2 Der Wandel der Beziehungen von
Bildungs- und Beschäftigungssystem
und die Entwicklung der beruflich-
sozialen Lebensperspektiven
Jugendlicher

Dezember 1978

Wissenschaftliches Zentrum für
Berufs- und Hochschulforschung
Gesamthochschule Kassel
Henschelstr. 2
3500 Kassel
Tel.: 0561/804 2415

Dieser Text ist als Gutachten zur Vorbereitung des
5. Jugendberichts entstanden. Er ist als Problemexplikation
zu dem Berichtsteil "Beruflich-soziale Lebensperspektiven
von Jugendlichen" verfaßt worden.

Inhalt

	Seite	
1.	Einleitung	1
2.	"Inadäquater Einsatz" der Hochschulabsolventen	5
2.1	Zum Argument des "akademischen Proletariats"	5
2.2	Vertikale Substitution	7
2.3	Was ist "unangemessen"?	8
2.4	Das Unbehagen an der Zunahme der Hochschulabsolventen	12
3.	"Koppelung"- "Entkoppelung"	14
3.1	Zur wissenschaftlichen Vorgeschichte des Begriffspaares	14
3.2	Der Übergang zur politischen Diskussion	20
3.3	Qualifikationsanforderungen und "Koppelung"	22
3.4	Pädagogische Ziele und "Entkoppelung"	24
3.5	Statuszuteilung und "Entkoppelung"	27
3.6	"Koppelung"/"Entkoppelung" und die Interessen der Jugendlichen	30
4.	"Verdrängungswettbewerb"?	32
4.1	Popularität und Unschärfe des Begriffes	32
4.2	Zur Entstehung des Begriffes	34
4.3	"Selbstverdrängung"	37
4.4	Verschlechterung der Berufsperspektiven	38
4.5	Folgen einer hohen Bewertung des besuchten Schultyps	40
4.6	Ungleiche Berufschancen zwischen den Generationen	41
4.7	Folgen der Bildungsexpansion für den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt	43
4.8	Verborgene Argumente	45
5.	Bildung und Arbeitslosigkeit	48
5.1	Bildungsabschluß und Arbeitslosigkeitsrisiko	48
5.2	Verweildauer in Bildungs- und Beschäftigungssystem	49
5.3	Arbeitslosigkeit als Folge "verfehlter Bildungspolitik"	50
5.4	Bildung und Jugendarbeitslosigkeit	50

	Seite
6. Veränderung der Lebensbedingungen von Jugendlichen zur Zeit der Ausbildung	52
7. Zur Vorbildungserweiterung ("uppgrading")	53
7.1 Zur Ambivalenz der Einstellungen zur Bildungsexpansion	53
7.2 Auswirkungen im Beruf	55
7.3 Außerberufliche Wirkungen	59
8. Zur Problematik der sozialen Selektion durch Bildung	61
8.1 Grenzen des Stellenwertes von Bildung bei der Statuszuteilung	61
8.2 Zur Frage der "Funktionalität" der sozialen Selektion durch Bildung	64
8.3 Das Unbehagen an der Bildungsmeritokratie	71
9. Schlußbemerkungen	74

1. Einleitung

In den letzten Jahren hat die Vorstellung zunehmend Verbreitung gefunden, daß sich seit einiger Zeit die beruflich-sozialen Lebensbedingungen der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland zu verschlechtern tendieren. Dabei wird primär auf ökonomische Veränderungen und deren Auswirkungen verwiesen - auf das Ende größerer Wirtschaftswachstumsraten, die gewachsenen Spannungen in der internationalen Wirtschaftspolitik und die hohen Arbeitslosigkeitsquoten. Zuweilen werden jedoch Probleme in anderen gesellschaftlichen Bereichen - insbesondere im Bildungssystem - als Ursache dafür angesehen, daß sich die Lebensbedingungen der Jugendlichen verschlechterten.

Keineswegs kann überraschen, daß das Bildungssystem besonders aufmerksam betrachtet wird, wenn die Lage der Jugendlichen untersucht wird. Denn kaum eine andere gesellschaftliche Institution prägt das Leben der Jugendlichen so unmittelbar wie das Bildungssystem, in dem die Jugendlichen im Durchschnitt mehr als zehn Jahre vor dem Berufseintritt verbringen. Darüber hinaus liegt dieser Focus nahe, weil das Bildungssystem dem gesellschaftspolitischen Stimmungswandel von bemerkenswerter Reformbereitschaft um 1970 zur nunmehr verbreiteten Reformfeindlichkeit oder -angst wohl stärker ausgesetzt ist als andere gesellschaftliche Bereiche. Man hatte sich von der Bildungsreform sehr große - wohl unrealistische - Verbesserungen verschiedenster Art versprochen; die Enttäuschung über die Ergebnisse oder die Schadenfreude darüber veranlaßte nunmehr manchen dazu, das Bildungssystem für die zentralen Probleme der Jugendlichen verantwortlich zu machen.

Insbesondere das aus verschiedensten gesellschaftspolitischen Begründungen gespeiste Unbehagen an den derzeitigen Veränderungen in der Beziehung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem hat sehr erfolgreich große Koalitionen um einige sehr wertgeladene Termini zur Beschreibung dieser Situation geschaffen. Die auch in reformfreudigeren Phasen nicht verstummen wollende Warnung vor einem "akademischen Proletariat" wird in veränderter Form um den

Begriff des "inadäquaten Einsatz" fortgesetzt - beide postulieren, daß nicht nur die Gesellschaft, sondern auch das Individuum Schaden nehme, wenn die Bildungsexpansion über das beruflich unbedingt Notwendige sehr hinausginge. "Koppelung" und "Entkoppelung" sind Modeworte geworden, um das Bildungssystem unter einen dichotomen Entscheidungszwang zu stellen, entweder sich voll den derzeit üblichen beruflichen Anforderungen zu subsumieren oder beziehungslos zum Beschäftigungssystem um sich selbst zu kreisen. Das Wort vom "Verdrängungswettbewerb" sei schließlich als letztes Beispiel dieser wertgeladenen Termini genannt: Der überzählige Absolvent einer höheren Bildung steigt danach in der beruflichen Hierarchie eine Stufe hinab und stößt den dort Angestammten von "seinem" Platz; suggeriert wird dabei, daß die Bildungsreformen den sozial benachteiligten Gruppen nicht geholfen, sondern geschadet hätten.

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Annahme, daß sich die Lebenslage der Jugendlichen durch die neueren und sich in Zukunft verstärkenden Veränderungen des Verhältnisses von Bildungssystem und Beschäftigungssystem verschlechtern, am Beispiel der Diskussion über die genannten Termini "inadäquater Einsatz", "Koppelung"- "Entkoppelung" und "Verdrängungswettbewerb" sowie an der Frage des Zusammenhangs von Bildung und Arbeitslosigkeit und einzelnen Veränderungen der Lebensbedingungen von Schülern und Studierenden kritisch zu prüfen. Unterschiedliche politische Argumente, wissenschaftliche Ansätze und Befunde werden dabei etwas zu sortieren versucht.

Die Analyse kommt dabei zu drei Schlüssen:

- Sofern die derzeitige Entwicklung der beruflich-sozialen Lage als eine Verschlechterung interpretiert werden kann, scheint das Bildungssystem seinerseits kaum einen genuinen Beitrag zu leisten.
- Der vordergründig breite Konsens in der Kritik des Bildungssystems als Wegbereiter einer Verschlechterung der beruflich-sozialen Lebenschancen beruht auf Mißverständnissen in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Phänomene - Mißverständnisse, die im Gebrauch von Termini wie "inadäquater Einsatz", "Koppelung"-

"Entkoppelung" und "Verdrängungswettbewerb" zum Ausdruck kommen bzw. dadurch verstärkt werden.

- Tatsächlich liegen diesem vordergründigen Konsens zwei grundlegende Bewertungsprobleme zugrunde, die sehr unterschiedlich eingeschätzt werden, als solche jedoch nur selten direkt thematisiert werden: wie man ein "upgrading" (eine Steigerung der vorberuflichen Bildungsvoraussetzungen) einschätzen soll und wie bildungsmeritokratische Züge der Gesellschaft (eine maßgebliche Mitbeeinflussung der individuellen gesellschaftlichen Position durch den formalen Bildungserfolg) zu den eigenen Vorstellungen von gesellschaftlicher Gerechtigkeit stehen.

Im folgenden werden diese Thesen in der Kritik der genannten Schlagwörter begründet. Dabei sei vorab auf einige Einschränkungen der Vorgehensweise hingewiesen:

- Im einzelnen wird nicht untersucht, welche Befunde und Bewertungslagen für die Aussagen ausschlaggebend sind, daß sich in den letzten Jahren die Lage der Jugendlichen verschlechtert habe. Aufgegriffen werden lediglich die Probleme von Bildungs- und Beschäftigungssystem, die oft als ursächlich für schwierige Lebensbedingungen betrachtet werden.
- Vor allem werden Probleme aufgenommen, die mit der Expansion der weiterführenden Bildung, insbesondere der Hochschulbildung, zusammenhängen. Die Hochschulbildung erfaßt zwar unmittelbar auch heute noch eine Minderheit der Jugendlichen, aber die Dynamik der Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem in den letzten Jahren wird insbesondere durch die Expansion des Hochschulbereichs geprägt: Nicht nur die Termini "inadäquater Einsatz", "Koppelung"- "Entkoppelung" und "Verdrängungswettbewerb" gehen davon aus, daß die Veränderungen in den übrigen Bildungsbereichen im Bereich der tertiären Ausbildung am stärksten auftreten oder sich sogar von dort aus auf die anderen Bereiche übertragen; auch die Diskussionen über "Chancengleichheit", "Leistungsdruck" und über das Verhältnis von Bildung und Arbeitslosigkeit u.a.m. verweisen in besonderer Weise auf den Hochschulbereich.
- Die Literatur über die hier behandelte Diskussion und über wissenschaftliche Befunde, die in diesem Zusammenhang relevant

ist, wird weder erläutert noch zitiert. Die Argumentation wird lediglich modellartig skizziert und mit Hinweis auf die Probleme der Argumentation wie auf der Basis einer vorläufigen Einschätzung des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes kritisiert¹.

Es bleibt zu hoffen, daß ein solcher argumentationsstrukturierender Diskussionsbeitrag Anstöße zu einer Weiterentwicklung der theoretischen Klärungen und zu empirischen Analysen gibt, die in Zukunft eine Diskussion auf besser gesichertem Boden erlaubt.

¹ Die Argumentation stützt sich dabei weitgehend auf die Ergebnisse der gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeiten mit Dirk Hartung und Reinhard Nuthmann. Die gemeinsamen Überlegungen, auf die sich einige Kapitel dieser Studie beziehen, werden in anderer Form publiziert.

2. "Inadäquater Einsatz" der Hochschulabsolventen?

2.1 Zum Argument des "akademischen Proletariats"

Vielfach wird angenommen, daß die Bildungsexpansion in der Bundesrepublik Deutschland dadurch zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen zumindest eines Teils der heranwachsenden Bevölkerung beitrage, daß viele Hochschulabsolventen eine Berufstätigkeit übernehmen müßten, die nach Inhalt und Rang der Vorbildung nicht angemessen sei. Nicht selten steht dahinter die Vorstellung, daß eine möglichst enge Abstimmung des Bildungssystems auf die angenommenen Anforderungen des Beschäftigungssystems im Interesse der Jugendlichen liege.

Bereits Ende der sechziger Jahre, als vielerseits steigende Abiturienten- und Hochschulabsolventenzahlen als notwendig zur Sicherung des Wirtschaftswachstums angesehen wurden, waren Äußerungen nicht selten, daß die zu erwartenden Zahlen von Hochschulabsolventen weit über den Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften hinausgehen würden. Letzteres gilt etwa für die Studie von H. Riese über den Bedarf an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik aus dem Jahre 1967 und für viele Verlautbarungen seitens der Arbeitgeber.

Inzwischen hat sich fast ein öffentlicher Konsens herausgebildet, daß ein großer Teil von Hochschulabsolventen nicht Berufspositionen wird übernehmen können, die den üblichen Positionen der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß etwa um 1960 entsprachen. War die Steigerung des Anteils von Erwerbspersonen mit Abschlüssen, die man heute Hoch- oder Fachhochschulabschlüssen gleichsetzen würde, von etwa 4 Prozent im Jahre 1960 auf 5,5 Prozent im Jahre 1970 ungefähr proportional zu einer Ausweitung von Berufspositionen für Hochschulqualifizierte, so gilt unter den jetzigen Bedingungen eine weitere Ausweitung als unwahrscheinlich, die den zu erwartenden 11 Prozent Erwerbspersonen mit Hochschulabschluß im Jahre 1990 entsprechende Positionen sichert.

Gewöhnlich unterliegen den Argumenten, in denen die Zunahme eines "inadäquaten Einsatzes" hervorgehoben wird, zwei Annahmen: Die Zahl der angemessenen Positionen und ^{die} Verteilung

der beruflichen Aufgaben über verschiedene Berufsrollen würden sich kaum durch das wachsende Angebot von Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt ändern. Daneben wird angenommen, daß der Unterschied zwischen "normalen" akademischen Berufen und den Tätigkeiten für die "überzähligen" Hochschulabsolventen sehr groß sei : Viele Hochschulabsolventen müßten mit Arbeitslosigkeit oder mit Berufspositionen rechnen, die weniger attraktiv als solche seien, die gewöhnlich nach Abschluß der nächsthöheren Bildungsstufe unterhalb des Akademikerabschlusses eingenommen würden.

An dieser Stelle ist eine Zwischenbemerkung erforderlich: In dem folgenden Text wird zur Verdeutlichung der Argumentation von einer relativ eindeutigen Hierarchie der Bildungsgänge und -abschlüsse sowie der Berufspositionen ausgegangen. Nicht selten wird gerade von Kritikern einer starken Hochschulexpansion die These vertreten, daß ein solches Hierarchieverständnis unangemessen sei und viele Jugendliche unnötig zum Wettlauf um die "höhere" Bildung verführ. Bei der Verwendung von Bezeichnungen wie "akademisches Proletariat" und "Verdrängungswettbewerb" wird jedoch eindeutig eine Hierarchieunterstellt. Weder der Wunsch, die jeweils anderen zur Bescheidenheit aufzurufen, noch Ziel einer ^{das} gleichen sozialen Anerkennung verschiedener Bildungsgänge und Berufstätigkeiten setzten derzeit das Faktum außer Kraft, daß es eine ungleiche Verteilung von Arbeits- und Lebensbedingungen gibt , die gewöhnlich als erstrebenswert gelten, und daß höhere Bildungsabschlüsse mit einer größeren Wahrscheinlichkeit einhergehen, solche als erstrebenswert geltenden Arbeits- und Lebensbedingungen zu erreichen.

Die erwarteten Folgen eines reichlichen Angebots an Hochschulabsolventen wurden vor einigen Jahren noch häufiger als heute mit dem Schlagwort "akademisches Proletariat" skizziert. Im Rückgriff auf Arbeitsprobleme der zwanziger und dreißiger Jahre wird angenommen, daß die überzähligen Absolventen in eine sehr gravierende Lage geraten und aus Verärgerung oder Enttäuschung darüber ein gesellschaftspolitisches Unruhepo-

tential bilden. In jedem Fall ist dabei postuliert, daß nicht nur die Gesellschaft unnötig in die Expansion der Hochschulen investiere, sondern daß es auch im individuellen Interesse liege, eine Expansion über den angenommenen Bedarf hinaus zu verhindern.

2.2 Vertikale Substitution

Gegenüber der Vorstellung eines akademischen Proletariats im Sinne eines tiefen sozialen "Falles" für diejenigen, die keine traditionellen Positionen für Hochschulabsolventen übernehmen, wird die These vertreten, daß die nach traditionellen Kriterien "überzähligen" Hochschulabsolventen gewöhnlich die nächstniedrigeren Positionen bzw. diejenigen Arbeitsaufgaben übernehmen, die den gewöhnlichen Aufgaben von Hochschulabsolventen am nächsten kommen. Mit Verweis auf die Entwicklung in Ländern, in denen die Hochschulexpansion weiter vorangeschritten ist, und auf erste Erfahrungen mit Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland wird dabei angenommen, daß die Abstimmung sich überwiegend auf dem Wege der "vertikalen Substitution" ereignet. Der überzählige Hochschulabsolvent erhält zumindest eine Position, die er als Berufsanfänger nach dem Abitur erhalten hätte, gewöhnlich aber eine Position, die zwischen den üblichen Positionen für Hochschulabsolventen und Abiturienten einzuordnen ist. Schlimmstenfalls hat er etwas mehr Bildung ohne zusätzliche soziale Gratifikation genossen.

Die Einsichten der letzten Jahre haben gewöhnlich zu dem Schluß geführt, daß eine solche Entwicklung in Zukunft wahrscheinlicher sei als ein tiefer "Fall" in der sozialen Hierarchie, der mit dem Terminus "akademisches Proletariat" indiziert wurde. Verfechter traditioneller Bedarfskonzepte verweisen nunmehr gewöhnlich vorsichtiger auf ein "Überangebot" bzw. eine "Sättigung" des Arbeitsmarktes mit Hochschulabsolventen, um quantitative Diskrepanzen zu kennzeichnen, und auf "Überqualifikation" bzw. "inadäquaten Einsatz" von Hochschulabsolventen, um die qualitativen Folgen der quantitativen Diskrepanz zu skizzieren.

Nach der These vom "inadäquaten Einsatz" ist das Schicksal des "überzähligen" Hochschulabsolventen zwar nicht so gravierend wie im Argument des "akademischen Proletariats"; unterstützt wird damit jedoch ebenso die Vorstellung, daß eine klare Grenzziehung der Berufsrollen nach angemessenen und unangemessenen für Hochschulabsolventen sinnvoll ist.

Die Dichotomisierung von "angemessen" und "unangemessen" ist dazu angelegt, die naheliegende Güterabwägung zu verbieten, ob man nur bei einer sicheren Garantie einer traditionellen Rolle für Hochschulabsolventen das Studium als lohnend empfindet oder ob ein Studium durchaus vertretbar ist, wenn der berufliche Vorteil sich schließlich nur als marginal erweisen sollte, aber in jedem Fall zusätzliche Bildungsmöglichkeit bestand.

2.3 Was ist "unangemessen"?

Die Dichotomisierung "angemessen" - "unangemessen" erscheint zumindest aus vier Gründen als nicht vertretbar zur Beschreibung der Abstimmungsprozesse, die sich bei einer schneller wachsenden Zahl von Hochschulabsolventen als traditionelle Stellenangebote für Hochschulabsolventen ergeben:

(a) Die Annahme, daß die Expansion der Studentenzahlen in den sechziger und siebziger Jahren den früher adäquaten Einsatz von Hochschulabsolventen nicht mehr möglich machte und dann "inadäquate" Einsatz zugenommen habe, läßt sich in historischer Perspektive nicht halten; in manchen Bereichen, wie etwa höheren politischen und wirtschaftlichen Positionen, hat sich erst in dieser Phase der Expansion eine Hochschulbildung zur fast unabdingbaren Bildungsvoraussetzung entwickelt. Auch gab es zu Beginn der kritisierten Entwicklung viele Hochschulabsolventen in Positionen und mit Aufgabenbereichen, die heute gern als inadäquat bezeichnet werden. Schließlich kann man feststellen, daß sich im Laufe der Jahrzehnte immer wieder die Vorstellungen geändert haben, für welche Tätigkeiten eine Hochschulbildung adäquat sei.

(b) In Ländern, in denen die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluß bereits weitaus höher ist als derzeit in der Bundesrepublik Deutschland, haben sich trotz mancher Vorbehalte, ob diese Expansion für das Beschäftigungssystem erforderlich sei, die Vorstellungen über den adäquaten Einsatz weiter verschoben. Eine Hochschulbildung für Krankenschwestern etwa gilt in manchen Ländern als eine sehr wünschenswerte Vorbildung. Wenn auch in der Bundesrepublik Deutschland zuweilen höhere Ansprüche gegenüber der Qualität eines Hochschulabschlusses bestehen als in Ländern mit höheren Hochschulbesuchsquoten, unterstützt dieser Befund die Vermutung, daß auch in der Bundesrepublik keine Grenze sinnvoller Berufstätigkeiten für Hochschulabsolventen erreicht ist.

(c) Die Beschreibung, was einen "adäquaten" Einsatz von Hochschulabsolventen konstituiert, ist keineswegs eindeutig. Bis heute fehlen dazu brauchbare Konzepte und auch empirische Analysen, die zeigen, an welchen Dimensionen sich die Vorstellungen vom "adäquaten" Einsatz festmachen.

Man kann etwa die Vorstellung vertreten, daß der Psychologie-Absolvent, der Krankenpfleger oder Polizist wird, für diese Tätigkeit keinesfalls "überqualifiziert" ist, weil er ständig seine erworbenen Qualifikationen sinnvoll einsetzen kann.

Unter den derzeitigen Konventionen des Zusammenhangs von Ausbildungs- und Berufsinhalten sowie von Bildungsrang und beruflichem Status, die vielfach auch auf einer Gewöhnung an eine defizitäre Ausübung der Berufstätigkeit beruhen, wird er jedoch als inadäquat eingesetzt gelten.

Als Dimensionen für die übliche Bewertung des "adäquaten" Einsatzes von Hochschulabsolventen kann man zumindest folgende nennen: Hohes Einkommen, soziale Sicherheit, außerfinanzielle Vergütungen, Prestige, gesellschaftliche Macht, besondere Freizeit- und Kommunikationsmöglichkeiten, Anwendung der erworbenen besonderen Kenntnisse, Fähigkeiten und

Fertigkeiten, ferner interessante Arbeit, komplexe Arbeitsaufgaben, Dispositionsmöglichkeiten über Zeit, andere Erwerbstätige und Sachmittel, besondere Weiterbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen u.s.w.

Man kann feststellen, daß bei manchen typischen Tätigkeiten für Hochschulabsolventen etwa ein enger fachlicher Bezug von Studium und Beruf gegeben ist, kaum aber hohes Einkommen und gesellschaftliche Macht; bei anderen treffen ein hohes Einkommen und Verfügungsmöglichkeit über andere Personen zu, kaum aber hohe soziale Sicherheit und intensive Anwendung erworbener Kenntnisse. Man kann die Kette solcher Beispiele fortsetzen. Eine eindeutige Abgrenzung einer "adäquaten" von einer "inadäquaten" Tätigkeit für Hochschulabsolventen wird bei der Beachtung dieser Dimensionen zum unmöglichen Unterfangen.

(d) Das Argument des "inadäquaten" Einsatzes von Hochschulabsolventen vernachlässigt den Tatbestand, daß sich das Verhältnis der Berufe zueinander ändern kann, wenn sich die Beziehung von Bildungsangebot und -nachfrage und damit die Relation von beruflichen Anforderungen und Qualifikationen der Erwerbstätigen verschieben. Selbst wenn bisher der Eindruck berechtigt erscheint, daß die Aufnahme der wachsenden Zahl von Hochschulabsolventen überwiegend durch "vertikale Substitution" erfolgt, sind auch Veränderungen in der Bildung der Bevölkerung, in der Verteilung der Qualifikationen und Bildungsabschlüsse sowie in der Verteilung der Arbeitsaufgaben und in der Berufs- und Sozialstruktur zu beachten. Vielfach wird zum Beispiel angenommen, daß mit dem wachsenden Angebot von Hochschulabsolventen sich die Einkommensdifferenzen verringern; dies gilt als nicht unerheblich für Unterschiede in gesellschaftlicher Macht, Konsummöglichkeiten, Lebensstil usw. Eine solche Entwicklung wird oft für die USA, Japan, Schweden und einige andere Länder behauptet; die Annahme ist allerdings gerade in den USA, in denen besonders viele empirische Studien durchgeführt wurden, umstritten: So wird zum Beispiel eingewandt, daß zwar das

Durchschnittseinkommen für Erwerbstätige mit Hochschulabschluß sich gegenüber der übrigen Bevölkerung im Laufe der Zeit immer weniger abhebt, daß aber die Einkommensstreuung in der Bevölkerung nicht zurückgehe. Ein Teil der Hochschulabsolventen habe im Zuge der Expansion die gleichen Privilegien erhalten; lediglich die Absolventen des "Massen"-Sektors im Hochschulwesen drückten den Durchschnitt. Auch wird eingewandt, daß die Einkommensdifferenzen nach Bildungsabschluß zwar kurzfristig je nach Marktkonstellation zu schwanken scheinen, langfristig sich aber als sehr stabil erwiesen hätten. Manche Befunde in den USA und in anderen Ländern lassen dennoch durchaus die Vermutung zu, daß in begrenztem Umfange die Streuung des Einkommens durch eine wachsende Zahl von Hochschulabsolventen reduziert wird.

Auch die Verteilung der Arbeitsaufgaben und damit auch der Zusammenhang von Ausbildungsinhalten und beruflicher Tätigkeit scheinen nicht unabhängig von den Ausbildungsangeboten zu erfolgen. Auf der einen Seite geht in jedes rationale Kalkül der Arbeitsteilung auch die Vorstellung ein, welche Qualifikationen rar und welche reichlich vorhanden sind; so erscheint es aus der Perspektive der Arbeitgeber durchaus plausibel, anspruchsvolle Arbeitsaufgaben weniger auf eine begrenzte Zahl von Berufsrollen zu konzentrieren, wenn eine höhere Zahl von Erwerbstätigen zur Übernahme dieser Aufgaben in der Lage ist. Auf der anderen Seite mag die bestehende Form der Arbeitsteilung für die Beschäftigten zunehmend ihre weitgehende Selbstverständlichkeit verlieren, wenn immer mehr Beschäftigte erkennen, daß sie zur Übernahme komplexerer Aufgaben durchaus in der Lage sind, diese ihnen aber zwecks Erhaltung der bestehenden Hierarchie von Aufgaben und Entlohnung vorenthalten werden.

In welchem Umfange eine Umverteilung der Arbeitsaufgaben, Einkommen usw. infolge der zunehmenden Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte ausgelöst wird, läßt sich auf dem

gegenwärtigen Stand der Forschung auch nicht annähernd beantworten. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß Veränderungen dieser Art infolge der zunehmenden Zahl von Hochschulabsolventen stattfinden und daß diese - neben anderen Gründen - die Annahme einer relativ klaren Abgrenzung von "adäquaten" und "inadäquaten" Tätigkeiten für Hochschulabsolventen in Frage stellen.

Das Schlagwort vom "inadäquaten Einsatz" dramatisiert die Abstimmungsprobleme zwischen Bildung und Beruf nicht in gleicher Weise wie das Wort akademisches Proletariat; es verstellt jedoch den Blick auf graduelle Abstufungen zwischen den Berufen und der Dynamik in der Verteilung von Arbeitsaufgaben und Positionen, die mit der Zunahme weiterführender Bildung verbunden ist.

2.4 Das Unbehagen an der Zunahme der Hochschulabsolventen

Hinzuzufügen ist an dieser Stelle allerdings, daß die Bezeichnung der genannten Phänomene als "inadäquater Einsatz" ihre Popularität sicherlich nicht allein analytischer Unschärfe der Besorgnis um die Folgen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die gegenwärtigen Lebensbedingungen und der aktuellen reformfeindlichen politischen Grundstimmung verdankt. Sie liegt wohl vor allem darin begründet, daß das Bewußtsein über die gewünschte Beziehung von Bildung und Beruf sich nicht automatisch den realen Entwicklungstendenzen anpaßt und daß es für die Beteiligten jeweils naheliegende Gründe gibt, den Zustand vor dieser Entwicklung als besser zu bezeichnen.

Für die Arbeitgeber liegt aus der ökonomischen "Knappheits"-Philosophie zunächst einmal die Vorstellung nahe, daß die zusätzliche Bildung Verschwendung sei, weil man zuvor ohne sie auskam; auch schaffen veränderte Erwartungen der anders qualifizierten Absolventen zunächst einmal Abstimmungsprobleme im Beruf, die man im Zweifelsfalle gern vermieden hätte. Erst auf den zweiten Blick mag in Rechnung gestellt werden, daß die zusätzliche Bildung absorbierbar und even-

tuell nützlich ist, daß sie aus außerberuflichen Gründen gerechtfertigt sein mag usw.

Für die Lernenden ist das Festhalten an den traditionellen Beziehungen von Bildungsabschluß und Berufstätigkeit verständlich: Der Entscheidung für den Bildungsweg viele Jahre vor dem Hochschulabschluß hat eine Erfahrung über die typische Belohnung des absolvierten Studiums zugrunde gelegen, die damals im Durchschnitt höher war als im Augenblick des Hochschulabschlusses. Es liegt nahe, sich als Verlierer von Bildungsreformen zu fühlen, die mehr Personen ein Hochschulstudium ermöglichen, als traditionell naheliegende Berufsrollen zur Verfügung stehen.

Erst auf den zweiten Blick kann man verstehen, daß ohne diese Reformen viele Hochschulabsolventen - vielleicht man selbst - keine Chance zum Studium erhielten. Andernfalls hätte eine große Zahl der jetzigen Hochschulabsolventen voraussichtlich die gleichen Berufspositionen - lediglich das Studium hätte nicht stattgefunden.

Die naheliegende Kritik der Bildungsexpansion in der ersten Reaktion und die Notwendigkeit der Reflexion, um die verzerrte Wahrnehmung der ersten Reaktion verstehen zu können, macht es verständlich, daß die Bewertung des status quo mit dem Begriff "inadäquater Einsatz" eine bemerkenswerte Popularität genießt.

Die Erwartung einer "angemessenen" Berufstätigkeit hat auch aus einem anderen Grunde eine nicht zu übersehende Bedeutung: die Hoffnung auf die traditionellen Privilegien der Hochschulabsolventen mag sich gegenüber veränderten Berufsperspektiven als kreative Utopie behaupten, interessante, verantwortungsvolle, komplexe Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten in der eigenen Berufstätigkeit zu wünschen und zu fordern. Gegenüber der oft bescheidenen Realität der Berufstätigkeit außerhalb des traditionellen akademischen Berufsspektrums mag diese Erwartung ein wichtiges Moment darstellen, um zu einer Umverteilung der Arbeitsaufgaben beizutragen.

3. "Koppelung" - "Entkoppelung"

3.1 Zur wissenschaftlichen Vorgeschichte des Begriffspaares

Versucht man zu klären, welcher Stellenwert der Beziehung von Bildungs- und Beschäftigungssystem für die Lebensbedingungen der Jugendlichen zugeschrieben wird, so darf ein Rekurs auf das Begriffspaar "Koppelung" und "Entkoppelung" nicht fehlen. Denn dieses Begriffspaar, das aus überzeichneter Kritik der wissenschaftlichen Kontroversen in diesem Problembereich hervorging, ist in der politischen Diskussion der letzten Jahre über die gewünschte Beziehung von Bildungs- und Beschäftigungssystem wie kein anderer Begriff unablässig aufgenommen und auf eine Vielfalt von Dimensionen dieser Beziehung bezogen worden. Dabei wird zuweilen von einer stärkeren "Koppelung" eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Jugendliche erhofft - etwa in der Gewährleistung einer großen Erwartungssicherheit, daß eine bestimmte Ausbildung zu einem bestimmten Beruf führe - zuweilen dagegen ^{dagegen} eine Verbesserung durch "Entkoppelung" angenommen etwa in einer höheren Chance zum beruflichen Aufstieg ohne höhere Vorbildung.

Zum Verständnis dieses Begriffspaares "Koppelung" und "Entkoppelung" sei zunächst auf seine Entstehungsgeschichte verwiesen. Die Debatte, in welcher Weise und in welchem Maße Bildung auf berufliche Anforderungen zu beziehen sei, erfuhr eine besonders intensive Renaissance in den sechziger Jahren. Damals verbreitete sich - unterstützt durch sehr verschiedene politische, wissenschaftliche und pädagogische Konzeptionen - sehr schnell die Vorstellung, daß das Bildungssystem zur Sicherung des langfristigen wirtschaftlichen Wachstums und einiger anderer politischer Zielgrößen- u.a. der "Chancengleichheit" - insbesondere durch die Ausweitung der weiterführenden Bildung beitragen soll.

Die wissenschaftliche Diskussion über die damit verbundenen Probleme spaltete sich zunächst in zwei, sich lange Zeit

kaum berührende Diskussionsanträge: Zum einen wurde versucht, aus der Analyse des Beschäftigungssystems Anforderungen an das Beschäftigungssystem zu gewinnen; dieser Diskussionsstrang wurde zunächst von bildungsökonomischen Ansätzen beherrscht. Zum anderen wurde die Bedeutung von Bildungsstrukturen und -prozessen für Chancengleichheit analysiert: Diese vor allem bildungssoziologische Diskussion, die auch weite Bereiche der Pädagogik beeinflusste, war von Anfang an auf die Problematik des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem bezogen - unter anderem in der Maxime, Talente zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums zu mobilisieren -, thematisierte zunächst jedoch überwiegend interne Prozesse des Bildungssystems. Erst nach einigen Jahren bewegten sich in der Bundesrepublik Deutschland diese beiden Diskussionen stärker aufeinander zu, als der Stellenwert von Fragen der Statusdistribution für Bedarfsvorstellungen stärker bewußt wurde und als die Interdependenz von bildungssystem-interner Selektion auf der einen Seite und beruflicher und sozialer Hierarchie auf der anderen Seite mehr hervortrat. Das Begriffspaar "Koppelung" - "Entkoppelung" setzte bei dem ersteren Diskussionsstrang an, der hier zunächst verfolgt werden soll.

Die bildungsökonomische Diskussion nahm humankapitaltheoretische Konzepte auf, die den Stellenwert der Qualifikation menschlicher Arbeitskraft für wirtschaftliches Wachstum betonten, und wandte sich dabei primär - in bewußt enger Verbindung von analytischer und normativ-planerischer Vorgehensweise - der Prognose von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften unterschiedlichen Bildungsniveaus (insbesondere hochqualifizierten Arbeitskräften) und Modellrechnungen zur Deckung des angenommenen Bedarfs zu. Der um 1970 gewöhnlich gewählte Arbeitskräftebedarfsansatz ging in seinem mehrstufigen Ableitungsverfahren analytisch von der Annahme aus, daß der gegenwärtige berufliche Einsatz von Erwerbstätigen eindeutig vom bestehenden Bedarf im Beschäftigungssystem bestimmt sei, und fordert politisch die Planung des Bildungssystems so eng wie möglich an erkennbaren Qualifikationsanforderungen auszurichten. Zweifelsfrei bestand die Maxime einer "funktionalen Subordination", wie sie später gekennzeichnet

wurde. Die spätere Kritik an methodischen Problemen und die Hinweise auf "Prognosedefizite" und "Planungsdefizite" wurden in der Weiterentwicklung dieses Ansatzes eher als ein Informationsproblem rezipiert, das teilweise durch feinere Modelle zu lösen sei, keinesfalls jedoch die Maxime einer möglichst eindeutigen Gestaltung der Bildung nach angenommenen beruflichen Anforderungen in Frage stelle.

In Auseinandersetzung mit diesen bildungsökonomischen Ansätzen der sechziger Jahre entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland zunächst der sogenannte Absorptionsansatz. Die prinzipiell gegebenen Grenzen, den Qualifikationsbedarf langfristig zu prognostizieren und die Bildungsangebote darauf abzustimmen, schlugen sich in einer Elastizität des Beschäftigungssystems nieder, Aufnahme und Verwertung von Arbeitskräften in gewissem Umfange an den angebotenen Qualifikationen auszurichten. Da die Imperfektionen der Abstimmung zunähmen, wachse eine "relative Autonomie" des Bildungssystems: In gewissem Umfange bestehe die Möglichkeit, durch Bildungsmaßnahmen das Beschäftigungssystem zu beeinflussen, etwa Innovationen der Beschäftigungsstruktur zu erreichen. Der Absorptionsansatz, der in den Publikationen der Manpower-Gruppe des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in den Jahren 1970/71 dargestellt wird, akzentuiert die Grenzen der Determination von Bildung durch das Beschäftigungssystem besonders akzentuiert und tritt auch in seinen politischen Implikationen einer eindeutigen Subordination der Bildungspolitik unter angenommene Bedarfsanforderungen aus den gegenwärtigen Bedingungen des Beschäftigungssystems deutlich entgegen.

Die in der Folgezeit sich entwickelnden Konzeptionen über das Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem, die in der wissenschaftlichen Diskussion größere Beachtung fanden, sind zwischen dem Arbeitskräftebedarfsansatz auf der einen Seite und dem Absorptionsansatz auf der anderen Seite einzuordnen. In Anlehnung an eine Übersicht von S. Kuderer aus dem Jahre 1976 können als weitere wichtige Ansätze erwähnt werden:

- Der sogenannte Flexibilitätsansatz, der im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung entwickelt wurde, hebt vor allem die Elastizitäten hervor, die auf dem Arbeitsmarkt in der Zuordnung von Qualifikationsmerkmalen der Arbeitskräfte und beruflichen Anforderungen bestehen; bildungspolitisch wird dabei die Konsequenz gezogen, vor allem die Herausbildung solcher Qualifikationen zu fördern, die die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Der Flexibilitätsansatz zieht nicht die Maxime des Arbeitskräftebedarfsansatzes grundlegend in Zweifel, daß ein Qualifikationsangebot, das vom Bedarf des Beschäftigungssystems abweiche, weder gesamtwirtschaftlich noch individuell wünschenswert sei; er betont jedoch, daß die Flexibilitätsspielräume und eine Flexibilisierungspolitik im Bildungswesen weitgehend die Konflikte zwischen einer beschäftigungsorientierten Bildungspolitik und anderen Bildungsmaximen neutralisieren könnten. Eine Beschäftigungsorientierung macht danach keine rigide Subordination des Bildungssystems erforderlich.

- In Studien des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (München) wurden betriebliche Mechanismen nachgewiesen, größere Zahlen von hochqualifizierten Arbeitskräften zu absorbieren, als nach traditionellen Bedarfsansätzen vermutet wurde. Der Ansatz ist in mancher Hinsicht mit dem Absorptionsansatz kompatibel; allerdings wurde in diesen Studien und nachfolgenden Studien des Instituts auch deutlich auf einige Nebenfolgen einer erhöhten Aufnahme hochqualifizierter Arbeitskräfte hingewiesen, die als politisch bedenklich angesehen werden, etwa eine Reduzierung der Karrierechancen für Erwerbstätige ohne Hochschulabschluß.

- In einigen Studien des Soziologischen Forschungsinstituts (Göttingen) wurde der Zusammenhang von technostrukturellen Entwicklungen einerseits und Kapitalverwertungsprozessen andererseits in der Bestimmung von Qualifikationsanforderungen hervorgehoben. Danach schlägt sich das Ziel der langfristigen Kostenminimierung in technischen und arbeitsor-

ganisatorischen Planungsmaßnahmen nieder, jeweils die Aufnahme und Verwendung höherqualifizierter Arbeitskräfte gering zu halten.

- In neueren Studien der Manpower-Gruppe des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung wird auf die besondere Bedeutung der statusdistributiven Funktion des Bildungssystems bei den Abstimmungstendenzen von Bildungs- und Beschäftigungssystem hingewiesen. Die stärkere Zunahme von Hochschulabschlüssen wie das Anwachsen traditionell korrespondierender Arbeitsplätze, die zunächst weitgehend von angenommenen Qualifikationsanforderungen ausgeht wurden, sich aber bei einer wachsenden Sensibilisierung der Lernenden für den Zusammenhang von Bildungsabschlüssen und sozialen Gratifikationen in gewissem Maße gegenüber einer Qualifikationsbestimmung verselbständigten, schufen sowohl Diskrepanzen zwischen Qualifikationsangeboten und vermeintlichen -anforderungen als auch zwischen der Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte und der Zahl exklusiver Positionen. In dieser Entwicklung sei die Selektionsproblematik einflußreicher für die Beziehung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem und insbesondere auch für die darauf gerichtete Politik geworden als die Qualifikationsproblematik - sei es nun angesichts einer zunehmenden Selektivität des Beschäftigungssystems und den damit verbundenen Problemen oder sei es angesichts der Entwicklung neuer Selektionsformen im Bildungssystem, die auf die Tendenz des Beschäftigungssystems zurückzuführen seien, sich in gewissem Umfang von den Selektionsprozessen und den damit verbundenen Legitimationsproblemen zu entlasten. In diesem Ansatz wurde die Verbindung der beiden vorher genannten Diskussionsstränge hergestellt. Es wurde gefragt, wie betriebliches Kalkül, staatliches Handeln und individuelles Verhalten unter den Systembedingungen das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem prägen bzw. davon bestimmt werde.
- Als ein weiterer Ansatz zur Erklärung des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem kann schließlich der Versuch gewertet werden, eine Theorie staatlichen

Handelns in diesem Bereich zu entwickeln. Nach Offe erfolgt staatliches Handeln in Subsystemen oder, wie in diesem Falle, in der Abstimmung von zwei Subsystemen, in der Konkurrenz zwischen den sachrationalen Fragen des Subsystems und den spezifischen politischen Konstellationen, die diese Subsysteme betreffen, auf der einen Seite und den generellen Handlungsbedingungen und den darauf bezogenen Strategien des staatlichen Handelns im Rahmen des politischen Systems auf der anderen Seite. Dabei tendieren letztere - die Bedingungen des politischen Systems - dazu, die Entscheidungsprozesse stärker zu beeinflussen als erstere - in diesem Falle die spezifischen Probleme der Beziehung von Bildungs- und Beschäftigungssystem.

In der Entwicklung der Erklärungsansätze zum Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem - sowohl innerhalb der einzelnen Ansätze als auch in der Entstehung neuer Ansätze bzw. der Rezeption der Ansätze - lassen sich trotz unterschiedlicher Erkenntnisziele, inhaltlicher Schwerpunkte, methodischer Vorgehensweisen usw. zwei generelle Trends beobachten. Zum einen zeigten die Annahmen über die Zusammenhänge von Bildungs- und Beschäftigungssystem eine zunehmende Komplexität. Zum anderen reflektierte die Entwicklung der Forschungsansätze die dominanten bildungs- und gesellschaftspolitischen Stimmungen und deren Wandel: In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gewann einige Zeit lang die Vorstellung zunehmende Popularität, daß sich die Förderung des Wirtschaftswachstums und andere politische Ziele, wie etwa stärkere individuelle Förderungen, Chancengleichheit usw., relativ harmonisch in einer expansionsorientierten Bildungspolitik verbinden ließen. Um 1970 wurden stärker die Konflikte zwischen wachstumsorientierter und fundamentaldemokratisch orientierter Bildungspolitik gesehen; dabei war jedoch die Erwartung verbreitet, daß die Bildungspolitik nur in begrenztem Maße von wirtschaftspolitischen Zielsetzungen bestimmt werde. Im Laufe der siebziger Jahre gewann jedoch wiederum die Vorstellung positiven Einfluß, daß die Bildungspolitik stärker an den dominanten Bedarfs einschätzungen ausgerichtet werden müsse.

3.2 Der Übergang zur politischen Diskussion

Die letztere politische Grundstimmung war ausschlaggebend für die Entwicklung und rasche Vorbereitung des Begriffspaares "Koppelung" - "Entkoppelung" zur Kennzeichnung des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem oder von Konzeptionen, die sich darauf bezogen. Gerade als 1974 die Annahme wachsender Diskrepanzen von Bildungs- und Beschäftigungssystem angesichts schnell wachsender Studenten- und Hochschulabsolventenzahlen und steigenden wirtschaftlichen Krisenbewußtseins die bildungspolitische Diskussion zu dominieren begann, gewann in der wissenschaftlichen Diskussion die vereinfachende Typisierung Verbreitung, daß der Arbeitskräftebedarfsansatz ein Modell der "funktionalen Subordination" oder "Koppelung" repräsentiere, der Absorptionsansatz dagegen das Modellbeispiel eines "Entkoppelungsansatzes" sei.

Die Bezeichnung "Entkoppelung" ist dabei zweifelsfrei für keinen der genannten Erklärungsansätze in der wissenschaftlichen Diskussion über Bildungs- und Beschäftigungssystem sachlich zutreffend. Der Absorptionsansatz wies Grenzen der Determination von Bildung durch das Beschäftigungssystem auf, ging aber nicht von einer Beziehungslosigkeit der Subsysteme aus, wie das Wort "Entkoppelung" unterstellt: Es wurde nicht angenommen, daß das Bildungssystem wie etwa ein Raumschiff, das vom anderen abgekoppelt wird, beziehungslos vom anderen im Weltraum herumkreise, sondern daß diese Beziehung lockerer sei, als in den limitationalen Modellen des Arbeitskräftebedarfsansatzes angenommen wird. Zugleich waren die bildungspolitischen Implikationen des Absorptionsansatzes - deutlich etwa im Gegensatz zu Vorschlägen, nicht-berufliche Bildungsziele in den Mittelpunkt zu stellen und das Bildungssystem weitestgehend von Selektionsaufgaben zu befreien - eindeutig beschäftigungsorientiert; deutlich gemacht wurde allerdings, daß eine Beschäftigungsorientierung nicht unbedingt eine Übereinstimmung mit den Bildungswünschen bedeutet, die in konventionellen Bedarfsvorstellungen dominieren. In dem politischen Klima des Abrückens von früheren Reform-

hoffnungen war es aber nicht überraschend, daß ein Ansatz, der Handlungsspielräume für Reformen akzentuiert, übertrieben charakterisiert und dabei unterschwellig der Naivität bezichtigt wurde.

In der bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Diskussion seit 1974, die sich sehr stark auf Probleme des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem konzentrierte, wurde das dichotome Begriffspaar "Koppelung" - "Entkoppelung" zu einem der populärsten "Dauerbrenner", der an eine Vielzahl von Problemen herangetragen wurde. Obwohl diese Diskussion weitaus mehr als die wissenschaftliche Diskussion geeignet war, Mißverständnisse zu verstärken als Klärungen herbeizuführen, lehnte sie sich in dreierlei Hinsicht grundlegend an die wissenschaftliche Diskussion über das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem an. Sie tritt der Einsicht in die komplexen Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem und den graduell sich unterscheidenden Konzeptionen, in welchem Umfange bildungspolitische Entscheidungen aus der Analyse der Verwertung von Qualifikationen abgeleitet werden können, durch eine übersimplifizierte, extreme Entscheidungsalternative entgegen. Ferner sorgt der Gebrauch des Wortes "Entkoppelung" für einen pejorativen Unterton in der Diskussion von Konzeptionen, die eine Bestimmung in der Bildungspolitik durch vermeintliche Bedarfsanforderungen des Beschäftigungssystems analytisch für nur begrenzt möglich und politisch für fragwürdig halten. Schließlich nimmt aber die politische Diskussion der letzten Jahre auch einen Erkenntnisfortschritt der wissenschaftlichen Erklärungsansätze auf: Das Begriffspaar "Koppelung" - "Entkoppelung" wird nicht allein auf Fragen bezogen, wie Bildungsinhalte und Strukturen mit den Qualifikationsanforderungen im Beruf zusammenhängen, sondern auch auf Fragen nach dem Zusammenhang von Bildungsabschluß und Lebenschancen einer Person.

An einigen typischen Beispielen sollen die Argumente der "Koppelungs"-/"Entkoppelungs"-Diskussion dargestellt werden. Dabei wird zum einen versucht zu klären, was die Verwendung des Begriffspaares im Verhältnis zum angesprochenen

Problem bedeutet. Zum anderen sollen die Argumente selbst diskutiert werden.

3.3 Qualifikationsanforderungen und "Koppelung"

Als Politik der "Entkoppelung" wird zuweilen jede Aktion beklagt, die nicht voll als Bemühung um die weitestgehende "funktionale Subordination" des Bildungssystems unter das "Beschäftigungssystem", wie es sich in den dominanten Bedarfvorstellungen unter Arbeitgebern niederschlägt, einzuordnen ist. Das dichotome Begriffspaar hat in dieser Argumentation eindeutig die Funktion, jede graduelle Differenz seiner Konzeption als das Gegenteil der eigenen Vorstellungen zu brandmarken. Das bedeutet in diesem Falle: Eine Bildungspolitik, die sich nicht nach populären Bedarfvorstellungen richtet, ist wirtschafts- und produktionsfeindlich und verletzt damit Grundprämissen der Gesellschaftsordnung.

Der Begriff "Entkoppelung" ist sachlich als Kritik anderer Bildungsziele und curricularer Akzentsetzungen unangemessen. Manche gesellschaftskritischen Konzepte eines "Praxisbezuges" im Studium etwa sind eindeutig beschäftigungsorientiert; sie unterscheiden sich von einer Beschäftigungsorientierung, die im oben skizzierten "Entkoppelungs"-Vorwurf zum Ausdruck kommt, nicht in dem gewünschten Maß der Beschäftigungsorientierung von Bildung, sondern in ihren Wunschvorstellungen vom Charakter des Beschäftigungssystems. Auch viele curriculare Entscheidungen des Staates, gegen die der "Entkoppelungs"-Vorwurf erhoben wird, lassen die berufsvorbereitende Aufgabe der Bildung ^{nicht} außer acht, sondern versuchen, diese Aufgabe auf irgendeine Weise mit zusätzlichen Aufgaben der Bildung abzustimmen.

Das dichotome Begriffspaar "Koppelung" - "Entkoppelung" ist ebenfalls zur Charakterisierung einer Strukturpolitik des Bildungssystems ungeeignet, die zu einer anderen Verteilung von Bildungsabschlüssen führt, als nach den gängigen Bedarfvorstellungen angemessen erscheint. Eine Politik, die solche quantitativen Diskrepanzen fördert, mag zum Beispiel

vom Selbstverständnis einer vorausschauenden Qualifikationspolitik bestimmt sein, die kurzfristige Bedarfsvorstellungen zu konterkarieren hat. Sie mag auch davon ausgehen, daß eine Verlängerung der vorberuflichen Bildung die Qualifikationsanforderungen abdeckt und darüber hinaus Befähigungen vermittelt, die für staatsbürgerliche Aufgaben, Erziehung, Freizeit usw. als sinnvoll erscheinen.

Man kann sich eine Fülle weiterer Zielsetzungen einer Bildungsexpansionspolitik vorstellen, die kompatibel mit wichtigen berufsvorbereitenden Leistungen des Bildungssystems sind. Es mag auch gute Gründe haben, solche Ansätze zu kritisieren. Das Begriffspaar "Koppelung" - "Entkoppelung" ist jedoch in der Regel ungeeignet, diese Differenzen zu charakterisieren. In diesem Zusammenhang läßt sich zum Beispiel zeigen, daß die Kontroversen gewöhnlich um die Frage gehen, welche Vor- und Nachteile sich ergeben, wenn Personen in Berufen, die früher in der Regel nicht von Hochschulabsolventen eingenommen wurden, eine längere Vorbildung erfahren.

Der Vorwurf der "Entkoppelungs"-Politik, wie er nicht selten von Arbeitgeberseite gegenüber den Bildungspolitikern erhoben wird, scheint nicht selten zu unterstellen, daß die quantitativen Diskrepanzen von angenommenem Bedarf und Qualifikationsangeboten durch eine "verfehlte Bildungspolitik" geschaffen würden. Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß die Bildungspolitik - etwa in Bildungswerbung, Förderungsmaßnahmen für Unterprivilegierte, Gebührenfreiheit usw. - einen Beitrag zur Verzögerung solcher Diskrepanzen leisten kann; ein solcher "Entkoppelungs"-Vorwurf scheint jedoch von der Annahme auszugehen, daß ohne spezifische bildungspolitische Maßnahmen prinzipiell ein Gleichgewicht von Qualifikationsangebot und -nachfrage auf dem Arbeitsmarkt möglich wäre (sieht man einmal von gewissen Imperfektionen und Zyklen ab). Diese Vorstellung übersieht - wie später noch näher erläutert wird -, daß eine ungleiche gesellschaftliche Belohnung von Bildungsabschlüssen prinzipiell ein größeres Interesse der Lernenden am Besuch der Bildungsgänge mit den voraussichtlich höchsten Gratifikationen schafft, als dem ange-

nommenen Bedarf entspricht. Die meritokratische Beziehung von Bildungs- und Beschäftigungssystem fördert - unabhängig von der spezifischen Bildungspolitik - Qualifikations-"Ungleichgewichte". Echte "Koppelungs"-Politik im Bereich der Bildungspolitik könnte unter diesen Umständen nur bedeuten, den Zugang zu attraktiven Bildungsbereichen radikal und um den Preis vieler problematischer Nebenfolgen zu restringieren oder den Zusammenhang von Bildung und sozialer Gratifikation perfekt zu verschleiern.

Dies bedeutet, daß - in der Terminologie der rigiden Dichotomie von "Koppelung" und "Entkoppelung" gesprochen - die Belohnung des Bildungserfolges im Beschäftigungssystem, die von der Intention her auf die "Koppelung" der Subsysteme gerichtet ist, in der Systemdynamik immer zugleich "entkoppelnde" Effekte hat. Der "Entkoppelungs"-Vorwurf gegenüber der Bildungspolitik scheint dagegen nicht selten von der Vorstellung getragen zu sein, daß eine "perfekte" Koppelung primär durch Interventionen der Bildungspolitik verhindert werden.

3.4 Pädagogische Ziele und "Entkoppelung"

Von der pädagogischen Seite wurden in der Diskussion der letzten Jahre wiederholt Plädoyers für eine "Entkoppelung" vorgebracht, vorgeschlagen wird dabei, in der Gestaltung der Curricula und der Öffnung verschiedener Bildungswege weniger als bisher die berufsvorbereitende Funktion von Bildung zu akzentuieren. Dabei werden manche Argumente aus der traditionsreichen Debatte um Allgemein- und Berufsbildung aufgenommen. In vieler Hinsicht zielen die Argumente aber auf die Spezifika der derzeitigen Lage von Bildungs- und Beschäftigungssystem:

- Eine starke Beschäftigungsorientierung der Bildungspolitik wird z.B. zuweilen eher für angemessen gehalten, wenn - wie es etwa in den sechziger Jahren der Fall war - überwiegend Qualifikationsdefizite aufgenommen werden und diese Beschäftigungsorientierung zugleich eine Ausweitung der Bildung und damit der Möglichkeit zur individuellen

Förderung durch zusätzliche Bildung verspricht; wenn dagegen - wie es heute der Fall ist - bei einem aufgenommenen Überangebot an höherqualifizierten Arbeitskräften eine Beschäftigungsorientierung und eine Förderungsorientierung in der Bildungspolitik eher in Konflikt zu geraten drohen, solle die Beschäftigungsorientierung in gewissem Maße zurücktreten; so wird auch das verfassungsmäßige Recht auf Bildung dahingehend interpretiert, daß eine beschäftigungsorientierte Bildungsplanung, die eine Restriktion der Bildungsmöglichkeiten - zumindest gegenüber der individuellen Bildungsnachfrage - bedeuten würde, unzulässig sei.

- Der Vorbereitung durch Bildung auf verschiedene zukünftige Aufgaben der Absolventen, die allenfalls mittelbar den Beruf betreffen, wird aus verschiedenen Gründen zunehmend Gewicht beigemessen. Die Tendenzen der Arbeitsrationalisierung gewährleisten immer weniger, daß eine Bildung, die zur Wahrnehmung der beruflichen Aufgaben ausreichend ist, andere zivilisatorische Anforderungen abdeckt. Andere Lebensbereiche - staatsbürgerliches Handeln, Freizeit, Familie usw. - sollten mehr Gewicht in der Bildung gewinnen, weil sie zunehmend komplexere Anforderungen stellen bzw. weil sie bei rückläufiger Arbeitszeit mehr die Lebensbedingungen prägen. Schließlich könne es sich eine relativ reiche Gesellschaft leisten, die Bildungsmöglichkeiten über berufliche Erfordernisse hinaus in großem Umfange zu gewähren.
- Bildung solle weniger auf die Vorbereitung für einzelne Berufe orientiert sein, um eine leichtere Übernahme anderer Berufsaufgaben bei Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt um die Anforderungen in den jeweiligen Berufen zu ermöglichen.
- Das Bildungssystem solle von Selektionsleistungen für das Beschäftigungssystem entlastet werden, da durch die aufgezogene Selektionsfunktion die pädagogische Leistungsfähigkeit des Bildungssystems wesentlich beeinträchtigt werde: Unerträglicher Leistungsdruck, Abbau intrinsischer Motivation, Reduzierung einer Vielfalt von Bildungszielen.

und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten, Untergrabung der Qualität von weniger attraktiven Bildungsgängen, Aushöhlung der Identität von Bildungsinstitutionen, die zum Teil nur als Durchlaufstation für andere Bildungsgänge dienen, Abwertung von typischen Bildungszielen der weniger attraktiven Bildungsinstitutionen, z.B. der "praktischen" Bildung - dies sind nur einige der kritisierten Phänomene, die verstärkt werden, wenn das Bildungssystem in wachsendem Maße für die soziale Selektion zuständig wird.

Für eine Vielfalt solcher - zweifellos nur sehr unvollständig dargestellte - Vorschläge kann man feststellen, daß gar keine "Entkoppelung" im wörtlichen Sinne des dichotomen Begriffs, keine möglichst vollständige Aufhebung jeder Orientierung des Bildungssystems auf das Beschäftigungssystem gewünscht wird, sondern nur eine graduelle Akzentverschiebung. Das gilt für fast alle curricularen "Entkoppelungs"-Argumente. Der Rückgriff auf den Begriff "Entkoppelung" kennzeichnet dabei in vielen Fällen lediglich die Hilflosigkeit, die eigenen Intentionen in umgangssprachliche Kategorien umzusetzen, da die Umgangssprache sich offensichtlich eher zur Schwarz-Weiß-Malerei als zur Charakterisierung relativ lockerer sozialer Interdependenzen eignet.

Zum Teil geht es in solcher Argumentation um eine Abschwächung der Berufsvorbereitung in der vorberuflichen Bildung; der Hauptakzent richtet sich jedoch auf die Frage, ob und in welcher Weise Bildung über die Berufsvorbereitung hinaus wünschenswert sei. Damit stellt sich für diese Ansätze - wenn die Folgen für die Abstimmung von Bildung und Beschäftigungssystem diskutiert werden - ebenso in erster Linie das Problem des "upgrading": Welche Folgen hat es, wenn jemand über das hinaus gebildet wird, was er - gemessen an traditionellen Bedarfvorstellungen - für den Beruf braucht?

In bezug auf die statusdistributive Funktion von Bildung wird nicht selten von pädagogischer Seite tatsächlich eher eine "Entkoppelung" gefordert, d.h. eine möglichst perfekte Entlastung des Bildungssystems von sozialer Selektion.

Solche Konzeptionen sind sicherlich von vorherein unrealistisch: Wenn nicht eine Hierarchie sozialer Gratifikationen überhaupt abgeschafft wird, erscheint keine berufliche Belohnung wahrscheinlich, die völlig unabhängig vom Bildungserfolg ist. Auch ist es fraglich, ob die wahrscheinlichen Nebenfolgen einer "Entkoppelung" von Bildungs- und Berufsrang in der Tat in Kauf genommen würden: Ein Pauken für berufsrelevante Qualifizierung außerhalb der offiziellen Lehrveranstaltungen, ein Rückgang des Bildungsinteresses bei vielen Jugendlichen, insbesondere aus bildungsfernen Sozialgruppen, und wahrscheinlich auch eine geringere öffentliche Finanzierung des Bildungssystems infolge seiner begrenzten sozialen Relevanz. Man hat zumindest Grund zum Zweifel, daß der Stellenwert sozialer Selektion von Bildung in der Gesellschaftsordnung und dabei insbesondere in ihren meritokratischen Zügen hinreichend durchdacht ist, um eine informierte politische Option zur Gestaltung der Beziehung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem zu gewährleisten.

3.5 Statuszuteilung und "Entkoppelung"

In der Diskussion über den Zusammenhang von Bildungsabschluß und Berufsposition wird in letzter Zeit sehr häufig eine "Entkoppelung" gefordert. Bemerkenswert ist dabei, daß die gegensätzlichen Ansichten sich weniger als in der Diskussion über den Zusammenhang von Ausbildungsinhalten und beruflichen Aufgaben bestimmten Gruppierungen zuordnen lassen. Ferner ist hervorzuheben, daß die Diskussion über die statusdistributive Beziehung von Bildung und Beruf zur Zeit eher um die Entscheidung zwischen einer "Entkoppelung" oder einer lockeren Beziehung kreist, die Diskussion über die "stoffliche" Beziehung von Bildung und Beruf dagegen eher die Entscheidung zwischen einer "Koppelung" und einer lockeren Beziehung aufwirft. Während zumindest eine gewisse Beschäftigungsorientierung in den Ausbildungsinhalten als normal gilt, besteht offensichtlich ein sehr großes Unbehagen, daß mit dem Erwerb von Qualifikationen auch die beruflichen Chancen vorentschieden werden. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß zuweilen ein und dieselbe Person oder Gruppe in der

Diskussion über die "stoffliche" Beziehung zu einer "Kopplungs"-Position neigt, in der Diskussion über Bildung und Status dagegen eine "Entkoppelungs"-Position vertritt, d.h. in solchen Fällen geht es offensichtlich gar nicht um eine Zuordnung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem generell, sondern um die Zuordnung bestimmter Elemente.

Die Forderung, Bildungsinhalte stärker auf das bestehende Beschäftigungssystem zu orientieren, dagegen den Stellenwert der Selektion im Bildungssystem für den beruflichen und sozioökonomischen Status zu reduzieren, wird angesichts des vorher skizzierten widersprüchlichen Systemmechanismus verständlich: Ein enger Zusammenhang von Bildungsinhalten und Berufsaufgaben kann unter den Bedingungen einer hierarchischen Bewertung von Bildung und Beruf ^{und} zugleich einer gewissen strukturellen Offenheit des Bildungssystems nicht aufrechterhalten werden, weil die Lernenden stärker den besser belohnten Ausbildungsabschlüssen zuströmen. Wenn nun die soziale Gratifikation bestimmter Bildungsgänge aufgehoben oder zumindest wesentlich reduziert wird, könne sich wieder eine bedarfsgemäße Verteilung von Bildungsabschlüssen einstellen. Eine "Entkoppelung" im Hinblick auf die Statuszu- teilung wird danach als Voraussetzung für eine eindeutige "Koppelung" im Hinblick auf die Qualifikationen verstanden.

Abgesehen von einer solchen Argumentation für "Entkoppelung", die sich eher auf die Systemdynamik als auf das Prinzip einer erwünschten Bedeutungslosigkeit von Bildungsunterschieden für die soziale Hierarchie bezieht, kann man zwei Hauptargumentationsrichtungen für eine "Entkoppelung" von Bildungsrang und beruflichem Status feststellen. Zum einen wird das Beschäftigungssystem als der sachlich angemessene Ort der Selektion angesehen. Die Unterschiede der sozialen Belohnung bezögen sich auf die Leistungen im Beruf; das Beschäftigungssystem könne am besten nach seinen Bedürfnissen auswählen und wünsche dies auch. Selektion im Beschäftigungssystem wird damit zur natürlichen und funktionalen Angelegenheit, Selektion im Bildungssystem dagegen zur artifi- zialen und dysfunktionalen Angelegenheit erklärt. Diese

Haltung zeigt sich z.B. vielfach in der Kritik an der Rolle von Zertifikaten. Nicht hinreichend berücksichtigt wird dabei erstens, daß auch Tendenzen seitens des Beschäftigungssystems bestehen, die Last der Selektion und die damit verbundene Legitimationsproblematik auf das Bildungssystem abzuwälzen. Zweitens erweist sich gewöhnlich auch bei Auswahlprozessen im Beschäftigungssystem, die nicht explizit auf Bildungsabschlüsse rekurrieren, der Bildungserfolg als "the single best predictor" für den beruflichen Erfolg; d.h. unter den bestehenden Formen der Verwertung von Qualifikationen und sozialer Hierarchie sind Auswahlprozesse dysfunktional, bei denen sich keine begrenzte positive Korrelation zwischen Bildungs- und Berufsranrang ergibt. Dann hat Bildung aber auch immer vorentscheidenden Charakter für den beruflichen Erfolg; eine "Entkoppelung" ist dann nicht ohne Infragestellung der Systemprämissen realisierbar. Drittens bleibt dabei, wie später in der Diskussion über Meritokratie noch behandelt wird, eine wichtige Kritik, die auch in der Chancengleichheitsdiskussion eine Rolle spielte, unberücksichtigt, nämlich der Vorwurf, daß Selektion im Beschäftigungssystem weniger nach universellen Standards erfolge und weniger fair sei.

Zum anderen wird, wie bereits oben behandelt, eine "Entkoppelung" von Bildungsabschluß und Status oft gefordert, um dadurch das Bildungssystem von den negativ bewerteten Folgen der Selektion im Bildungssystem zu entlasten. Ähnlich wie bei der Aussage, daß das Beschäftigungssystem der genuine Ort der Selektion sei, lassen sich zwar eine Vielzahl plausibler Einzelargumente feststellen, aber die Argumente werden selten in einen breiteren Rahmen des Für und Wider einer entscheidenden Rolle von Bildung bei der Vermittlung hierarchisch bewerteter Qualifikationen, des Für und Wider des zugrundeliegenden Verständnisses von "Leistungsgerechtigkeit" usw. gestellt.

In vielen Fällen zeigt sich wiederum, daß gar keine "Entkoppelung" in dem wortwörtlich extremen Sinne einer tatsächlichen Unabhängigkeit von Bildungsabschluß und Berufsposition gefordert wird, sondern eine graduelle Minderung

in der Belohnung von Bildungsabschlüssen. Zuweilen wird lediglich damit gefordert, ^{eine} völlig eindeutige Zuordnung von Bildung und Berufspositionen aufzuheben, etwa das sogenannte "Berechtigungswesen" im öffentlichen Dienst, das vielfach bestimmte Bildungsabschlüsse zur notwendigen Zugangsvoraussetzung für bestimmte Berufsbereiche macht und in manchen Fällen sogar eine entsprechende Beschäftigung nach Abschluß bestimmter Ausbildungsgänge garantiert. Diese klare Zuordnung, die u.a. ein bestimmtes Qualifikationsniveau garantieren, ^{die} Erwartungssicherheit erhöhen und eine Konkurrenzlimitierung im beruflichen Handeln gewährleisten soll, wird insbesondere kritisiert, weil sie den Bildungswettbewerb stimuliere und ein Überangebot an hochqualifizierten Arbeitskräften provoziere. Man kann sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, daß hier die großen Hoffnungen auf die Aufhebung dieser eindeutigen Zuordnung nicht selten dem Fehler einer dichotomen Betrachtungsweise von "Koppelung" und "Entkoppelung" aufsitzen, daß "Entkoppelung" bereits realisiert ist, wenn die "Koppelung" aufgehoben wird: Wenn nämlich ein Berechtigungswesen durch ein lockerere Beziehung, aber eine deutlich erkennbare positive Korrelation von Bildungs- und Berufsstrang abgelöst wird, wird damit nicht die Rationalität des individuellen Kalküls aufgehoben, daß höhere Bildung in der Regel höhere soziale Gratifikationen erbringt. So scheint etwa die Diskrepanz zwischen angenommenem Qualifikationsbedarf und den Bildungsabschlüssen in solchen Ländern nicht wesentlich geringer (gewesen) zu sein, in denen ein "Berechtigungswesen" nicht existiert.

3.6 "Koppelung"/"Entkoppelung" und die Interessen der Jugendlichen

Die Diskussion über "Koppelung" und "Entkoppelung" - gleichgültig, ob dabei die Probleme der Qualifizierung oder der Statuszuteilung im Mittelpunkt stehen - bezieht sich weit aus seltener explizit auf die Interessen des betroffenen Individuums als die Diskussion über "inadäquaten Einsatz" und über "Verdrängungswettbewerb". Vielleicht kann man für die in dieser Hinsicht vorsichtigeren Stellungnahmen zwei

Gründe verantwortlich machen: Die Bewertung der Phänomene, die mit "Koppelung" und "Entkoppelung" bezeichnet werden, bleibt - etwa im Vergleich zur eindeutigen Richtung des Gebrauches der Termini "inadäquater Einsatz" und "Verdrängungswettbewerb" - eher ambivalent und vielfach widersprüchlich; deshalb bleiben die Folgerungen für die Betroffenen auch häufiger offen. Darüber hinaus kann man aber feststellen, daß die Einheitlichkeit der Bewertung für alle Betroffenen problematisch ist: Vielleicht mag für manche Jugendliche eine in jedem Falle klare Zuordnung von Ausbildung und Beruf nach traditionellen Bedarfvorstellungen wünschenswert erscheinen, für andere dagegen ein "upgrading". Vielleicht ist für manche eine hohe Erwartungssicherheit über den Zusammenhang von Bildung und Beruf wichtig, für andere dagegen die Chance, bei Mißerfolg in der Bildung eine Offenheit der Sozialchancen zu erhalten.

4. "Verdrängungswettbewerb"?

4.1. Popularität und Unschärfe des Begriffes

Das Wort "Verdrängungswettbewerb" hat in den letzten Jahren eine erstaunliche Karriere gemacht. Es erweist sich bisher offensichtlich als sehr erfolgreich, eine große Koalition des Unbehagens gegenüber Problemen zu stiften, die angeblich durch die zu starke Expansion der Hochschulen verursacht wurden. Es ist in der Verbindung unterschiedlichster Motive und Ziele zu einem vordergründig einheitlichen Urteil zweifelsfrei erfolgreicher als das Wort "Chancengleichheit" vor einem Jahrzehnt. Es sticht offensichtlich auch die Begriffe "inadäquater Einsatz" und "Koppelung"- "Entkoppelung" in der Häufigkeit der Verwendung und in der Breite des politischen Rückhaltes aus.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien begründen ihre hochschulpolitischen Vorstellungen unter anderem mit der Absicht, den "Verdrängungswettbewerb" einschränken zu wollen. Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter gebrauchen häufig diesen Terminus. Auch viele Vertreter der Hochschulen mit unterschiedlichsten gesellschaftspolitischen Hintergründen scheinen größtenteils bedenkenlos diesen Ausdruck in "Analysen" des gegenwärtigen Verhältnisses von Bildungssystem und Beschäftigungssystem zu verwenden. Versucht man jedoch zu klären, welche Phänomene mit dem Wort "Verdrängungswettbewerb" angesprochen werden sollen, so trifft man auf eine solche Vielfalt von Aussagen darüber, wie sich die Abstimmung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem vollzieht, daß man selbst bei sehr geringen Ansprüchen an gegenseitige Verständigung im Gespräch dafür plädieren könnte, diesen Begriff aus dem Verkehr zu ziehen.

Ich habe den Versuch unternommen, für die Veröffentlichung eines Gutachtens in englischer Sprache einen angelsächsischen Experten zu finden, der eine sinnvolle Übersetzung des Be-

griffs "Verdrängungswettbewerb" leisten konnte - vergeblich. In den USA zum Beispiel hat sich trotz langer Erfahrung mit den Folgen von Hochschulbildung für breite Bevölkerungsgruppen kein entsprechender Begriff herausgebildet. Man könnte nun annehmen, die Übersetzung sei erschwert, weil es sich um ein spezifisch deutsches Problem handle. In der Bundesrepublik Deutschland hat jedoch meines Erachtens die Zunahme der Hochschulbildung in der Beziehung von Bildung und Beruf keine Auswirkungen gezeigt, die man im internationalen Vergleich als originell ansehen könnte.

Zwei Begriffe aus dem Englischen kann man nennen, die das Problemfeld des Wortes "Verdrängungswettbewerb" berühren: Als "upgrading" bezeichnet man ein Anwachsen der Bildungsvoraussetzungen für den Zugang zu bestimmten Berufen im Zuge der Bildungsexpansion, das nicht von einer entsprechenden Steigerung der beruflichen Qualifikationsanforderungen begleitet ist. "Credentialism" nennt man eine große (übertriebene) Wertschätzung des Bildungszertifikats bei der Verteilung beruflicher Aufgaben und sozialer Belohnungen. Die damit bezeichneten Probleme sollen später noch behandelt werden. Hier genügt es festzustellen, daß diese Begriffe sich nicht annähernd als so geeignet erwiesen haben wie das Wort "Verdrängungswettbewerb", verschiedene Probleme in der Diskussion miteinander zu vermengen.

Vorstellbar wäre auch, daß die im Zuge der Bildungsexpansion sich verschiebende Beziehung von Bildung und Beruf, die mit dem Wort "Verdrängungswettbewerb" angesprochen werden soll, zwar ein internationales Phänomen ist, aber in der Bundesrepublik auf besondere Kritik trifft, weil es mit den in unserer Gesellschaft herrschenden Vorstellungen über den Sinn von Bildung und Arbeit und über soziale Gerechtigkeit unvereinbar ist. Dies zu überprüfen, wäre sicherlich eine interessante Aufgabe. Dazu eignet sich bisher aber die Diskussion über den "Verdrängungswettbewerb" überhaupt nicht, weil dabei in einer vordergründigen Übereinstimmung gerade solche Fragen "verdrängt" werden.

Das Wort "Verdrängungswettbewerb" wird verwandt, um die Nachteile der starken Expansion weiterführender Bildung für diejenigen zu kennzeichnen, die nicht an den höheren Stufen der Bildung partizipieren; damit unterscheidet es sich vom Argument des "inadäquaten Einsatzes", das Nachteile für den Jugendlichen zu skizzieren sucht, die eine weiterführende Bildung erhalten. Drei Haupteinwände müssen m.E. gegen die Verwendung des Begriffes gerichtet werden:

- Im Hinweis auf den Begriff "Verdrängungswettbewerb" wird vielfach unterstellt, daß das Bildungssystem selbst eine Benachteiligung der Jugendlichen verursache; dies ist bei dem angesprochenen Themenkreis nur sehr begrenzt der Fall.
- Es wird in mancher Beziehung eine Benachteiligung suggeriert, die nur scheinbar existiert.
- Es wird für eine begrenzte Teilproblematik ein breiter gesellschaftspolitischer Konsens suggeriert, der für die damit angesprochenen Grundprobleme nicht in Ansätzen existiert.

4.2 Zur Entstehung des Begriffes

Vor einer Behandlung der verschiedenen Annahmen, die in das Wort "Verdrängungswettbewerb" eingehen, ist es hilfreich, sich die Entstehungsbedingungen dieser Bezeichnung zu vergegenwärtigen.

In den sechziger Jahren schien sich zeitweilig eine Harmonie unterschiedlicher bildungspolitischer Maximen und Richtungen in der Befürwortung der Expansion weiterführender Bildung anzubahnen. Manche Befürworter einer stärkeren Hochschulexpansion waren der Ansicht, dies werde das Wirtschaftswachstum fördern. Manche wollten dadurch eine größere Offenheit der Bildungs- und Sozialchancen erreichen; einige von ihnen dachten dabei an größere Gleichheit, andere an gerechtere Ungleichheit. Nicht wenige versprachen sich eine Harmonie

der verschiedenen Zielsetzungen: Weitere Hochschulexpansion werde dem Wirtschaftswachstum und einer gerechteren Gesellschaft dienen.

Dennoch blieb ein gewisser Dissens bestehen und verstärkte sich bald wieder. Befürworter einer Bildungspolitik, die sich weitgehend am angenommenen Qualifikationsbedarf ausrichtet, nahmen vielfach an, daß die Hochschulexpansion zu einer "Überqualifikation" führe; Befürworter einer Bildungspolitik, die Chancengleichheit und individuelle Förderung akzentuiert, hielten dagegen überwiegend eine Expansion der weiterführenden Bildung für wünschenswert. Dabei wurden aber die beiden Positionen nicht ausschließlich durch Verweis auf die jeweils dominante Maxime begründet, sondern man ging auch auf die anderen Zielsetzungen ein - sei es nun, daß man beide Zielsetzungen mit unterschiedlichem Gewicht akzeptierte, oder sei es, daß man auch den bildungspolitischen Kontrahenten die eigene Position schmackhaft machen wollte. Der Hinweis von Kritikern der Hochschulexpansion auf die Gefahr des "akademischen Proletariats" sollte nicht nur vor einer "Überqualifizierung" warnen, sondern besagte auch, daß die Entwicklung dem Individuum schade, da es seine Chancen, die mit der Ausweitung der Hochschulbildung verbunden seien, zu teuer für das zu große Risiko einer proletarischen Lebenslage erkaufen müsse. Befürworter der Bildungsexpansion verwiesen nicht allein auf die Förderungsmöglichkeiten, sondern auch auf den vorstellbaren Nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung.

Die wissenschaftlichen Analysen, die an dieser politischen Debatte ansetzten, trugen einige Jahre dazu bei, die Annahmen über die voraussichtlichen Entwicklungen im Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem ein wenig mehr aneinander anzugleichen. In der Diskussion über die voraussichtliche Entwicklung des Verhältnisses von Bedarf und Angebot wuchsen auf der einen Seite Zweifel, daß eine starke Hochschulexpansion für das Wirtschaftswachstum unbedingt erforderlich sei; auf der anderen Seite verloren die pessimistischen Aussagen über das Überangebot an Hochschulab-

solventen ihre Überzeugungskraft angesichts wachsender Einsichten in die begrenzte Aussagekraft von Prognosen, angesichts differenzierterer Vorstellungen über die Verwendung von Qualifikationen, angesichts eines besseren Verständnisses von den Auswirkungen des angenommenen Überangebotes. Im Hinblick auf die Folgen für das Individuum sah die eine Seite, daß die Realisierung von Chancengleichheit sehr schwierig ist; die andere mußte einsehen, daß das individuelle Risiko bei einem Überangebot an Hochschulabsolventen in dem Denkmodell "akademisches Proletariat" wohl übertrieben war.

Die Folge dieser Einsichten war aber auch, daß es schwerer wurde, überzeugende Konzepte anzubieten, die eine Harmonie von Bedarfsorientierung und Berücksichtigung individueller Interessen versprachen. Befürworter der Hochschulexpansion konnten fordern, angesichts der Unsicherheit in der Bedarfsfrage bzw. der bestehenden Flexibilität im Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem die Hochschulpolitik an der Maxime zu orientieren, dem Individuum eine Chance zu geben. Kritiker der Expansion brachten weiterhin Bedarfsargumente hervor, die aber in sich an Überzeugungskraft verloren hatten und vor allem der Vermittlung zu einer Politik zugunsten der betroffenen Individuen entbehrten.

Die wachsende Reformmüdigkeit und die Erschütterung mancher ökonomischer Euphorien durch die Ölkrise verschoben bereits 1973/74 ein wenig das Stimmungsbild; so wuchs zu diesem Zeitpunkt bereits wieder das Interesse an Bedarfsprognosen, aber dadurch war die Diskussion nicht grundlegend geändert.

In dieser Situation wurde die Bezeichnung "Verdrängungswettbewerb" von Kritikern der Hochschulexpansion in die Debatte geworfen. Man räumte damit zwar ein, daß ein Überangebot von Hochschulabsolventen in der Regel kein "akademisches Proletariat" produziere, sondern die überzähligen Absolventen gewöhnlich die nächsthöchsten Positionen übernahmen. Damit werde aber - und das war der Clou der Argumentation - mit jedem auf diese Weise noch halbwegs standesgemäß versorgten Hochschulabsolventen eine andere Person ohne Hoch-

schulabschluß benachteiligt, und alle Betroffenen würden durch den Wettbewerb geschädigt. Es stimme also nicht, daß eine Bildungspolitik, angesichts der Bedarfsunsicherheit den Zugang zu den Hochschulen relativ weit zu öffnen, zugunsten der Betroffenen ausgerichtet sei, sondern im Gegenteil ihnen besonders schade. Die Argumentation war insbesondere auf die vermuteten Zielsetzungen bei den bisherigen Befürwortern der Bildungsexpansion gerichtet, denn die Kritiker der Expansion hatten sich ansonsten nicht so besorgt über mögliche negative Folgen des Wettbewerbs geäußert.

Die Argumentation kam an, wie wir feststellen können. Mögen die politischen Zielsetzungen noch so unterschiedlich sein - fast jeder redet so vom Verdrängungswettbewerb, als sei dies der am besten gesicherte Tatbestand im Dschungel der vielen nicht eindeutig durchschauten Zusammenhänge von Bildungs- und Beschäftigungssystem und als habe er jeweils von seinem Standpunkt die damit verbundenen Probleme in gleichem Maße zu beklagen.

4.3 "Selbstverdrängung"

Fragt man nun Vertreter unterschiedlicher politischer Positionen, was denn "Verdrängungswettbewerb" sei, so erscheint zunächst einmal die zuvor vorgebrachte Behauptung über die Diffusität des Konzepts sich als voreilig zu erweisen. Mit Bestimmtheit wird das gleiche Bild gewählt. Der Hochschulabsolvent, der infolge des Überangebots seines Bildungsabschlusses auf der für ihn adäquaten Berufsstufe keinen Platz findet, steigt eine Stufe in der Positionshierarchie herab und "schubst" dabei einen Anwärter auf diese Position, der den nächsthöchsten Bildungsabschluß nachweist, eine weitere Stufe hinunter. Dies setzt sich bis zur untersten Stufe fort.

Dieses Bild ist jedoch irreführend, wie man an einigen Modellannahmen zeigen kann. Im ersten Fall wird davon ausgegangen, daß die weiterführenden Bildungsabschlüsse quantitativ zunehmen, die Berufsstruktur jedoch konstant bleibt.

Wenn nun die Korrelation von Bildungs- und Berufsran-
g im Prinzip unverändert bleibt und wenn die Berufsaussichten nicht
von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Stufe des Bildungs-
abschlusses (Hauptschulabschluß, Abitur, Hochschulabschluß
u.ä.) allein abhängen, sondern Unterschiede nach Zeugnisno-
ten usw. eine weitgehende kontinuierliche Hierarchie der Bil-
dungsabschlüsse schaffen, dann findet mit der Expansion der
weiterführenden Bildung keine Verdrängung unter den Berufs-
anfängern statt. Ein Jugendlicher etwa, der in der Hierarchie
der Bildungsabschlüsse das fünfzehnte Prozent erreicht und
damit in zehn Jahren in der Regel keinen Hochschulabschluß
err eicht hätte, besäße heute einen Hochschulabschluß; die
Berufsaussichten wären jedoch unverändert. Der Unterschied
läge lediglich in Dauer und Stufe der Vorbildung.

Für die entsprechende Berufsgruppe bedeutet das, daß ledig-
lich eine Erhöhung der typischen Vorbildung ("upgrading")
stattgefunden hat, der relative Bildungsran-
g der Zugän-
ger zu dieser Gruppe jedoch gleich geblieben ist. Der Absol-
vent hätte niemanden in der Berufshierarchie hinunterge-
stoßen, sondern ^{besäße} lediglich eine höhere Vorbildung. Will man
von "Verdrängung" sprechen, so verdrängt er sich-nur selbst.

4.4 Verschlechterung der Berufsperspektiven

In der zweiten Modellannahme kommt es infolge wirtschaft-
licher Probleme zu einer Verschlechterung der Berufspers-
pektiven; angenommen wird dabei zunächst, daß die Relation
von Stellen und Arbeitswilligen gleich bleibt und infolge
von Rationalisierung die Tätigkeiten für Ungelernte und An-
gelernte zunehmen, die mittleren Berufspositionen und die
traditionellen "Akademiker"-Positionen rückläufig sind.
Zur besseren Veranschaulichung wird davon ausgegangen, daß
sich im untersuchten Zeitraum die Verteilung der Bildungs-
abschlüsse nicht verändert.

In diesem Falle würden sich, wenn sich die Beziehung von
Bildung und Beruf nicht grundlegend ändert, die Berufs-
chancen von Absolventen weiterführender Bildungsgänge ver-
schlechtern. Mehr Facharbeiter etwa müßten mit Angelernten-

Positionen rechnen, mehr Hochschulabsolventen mit mittleren Sachbearbeiterpositionen. Bildung würde dabei keinen genuinen Beitrag zu dieser "berufsstruktur-induzierten Verdrängung" leisten. Wollte man jedoch eine möglichst enge Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungssystem erreichen, so wäre es unter diesen Umständen konsequent, zu fordern, daß mehr Jugendliche überhaupt keine Ausbildung erhalten sollten und daß die Zugangschance zur Hochschulbildung eingeschränkt werden sollte.

Ähnliches gilt, wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt. Hier zeigt sich allerdings, daß es tatsächlich keineswegs eine perfekte Substitution von "oben" nach "unten" gibt; denn gäbe es sie, so wären keine Hochschulabsolventen arbeitslos, während bei den Erwerbstätigen ohne Hochschulabschluß die Arbeitslosenquoten hoch wären.

Die Bildungsexpansion scheint tatsächlich keinerlei verstärkenden Einfluß auf das übliche Phänomen zu haben, daß die jeweils höher belohnten Arbeitskräfte auch weniger dem Arbeitslosenrisiko ausgesetzt sind; im Gegenteil spricht manches für einen abschwächenden Einfluß. Der Zusammenhang zwischen höheren Bildungsabschlüssen und geringeren Arbeitslosenquoten ist nicht neu - für die unsachliche Diskussion ist es bezeichnend, daß niemand etwa die heutige Situation mit der Rezession um 1966/67 vergleicht. Die verfügbaren Daten - auch aus anderen Ländern - deuten eher darauf hin, daß sich im Zuge der Hochschulexpansion die Unterschiede der Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluß verringern. Daneben gibt es weitere Ursachen für die Annahme, daß die Tendenzen zur vertikalen Substitution, die bei weitgehender Vollbeschäftigung und Expansion der weiterführenden Bildung beobachtbar waren, sich mit der Zunahme von Arbeitslosigkeit verlangsamt haben.

Auch wenn die beiden Modellannahmen nun miteinander verknüpft würden - wenn die weiterführende Bildung expandiert, die Berufsstruktur sich "verschlechtert" und die sonstigen Modellannahmen zuträfen; so wäre bei einer solchen Kombination von "Selbst-" und "berufsstruktur-induzierter Verdrängung" kein

nen fort, die er voraussichtlich erreicht hätte, wenn die Expansion nicht stattgefunden hätte.

Zweifellos gibt es in gewissem Umfang Fälle einer solchen "Verdrängung" infolge intergenerativer Ungleichheit der Bildungschancen. Im Kontext der Diskussion der Lebenschancen von Jugendlichen bleibt für diese Fälle anzumerken, daß es sich dann infolge der Bildungsexpansion um eine "Verbesserung" (nicht eine "Verschlechterung") für die Jugendlichen durch "Verdrängung" handelt. Man muß aber feststellen, daß relativ starke Mechanismen in der Gesellschaft gegen eine intergenerative Ungleichheit in Hinblick auf Bildung bestehen, viel stärker als gegenüber vielen anderen Unterschieden zwischen den Generationen. Je mehr ein hohes Bildungsniveau die übliche Zugangsvoraussetzung zu einem Berufsbereich darstellt, desto stärker sind Berufskarrieren und berufliche Sicherung so organisiert, daß ein älterer Erwerbstätiger kaum von einem jüngeren "verdrängt" werden kann. Im Vergleich dazu ist der Schutz gegenüber nachlassender körperlicher Kraft im Alter bei manuellen Berufen, gegenüber Barrieren der Mobilität durch Haus und Familie, die oft für ältere Arbeitnehmer in mittleren Positionen Nachteile bringen und gegenüber einer ungleichen Behandlung von Mann und Frau relativ gering.

Wiederum ist es aber interessant festzustellen, daß in diesem Falle eine Ungleichheit der Berufschancen durch Bildungsvoraussetzungen mit größerer Empörung registriert wird als andere Ursachen intergenerativer Chancenunterschiede. Bildungserfolg scheint demnach im Vergleich zu manchen anderen Merkmalen, denen das Individuum oft stärker schicksalhaft ausgesetzt ist als seinen Bildungsmöglichkeiten, in einer solchen Argumentation besonders wenig als ein legitimes Kriterium für soziale Differenzierung akzeptiert zu werden: das Argument der intergenerativen Ungleichheit der Bildungschancen in diesem Kontext richtet sich offensichtlich vor allem gegen diese bildungsmeritokratischen Elemente der Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang ist auch das Argument zu beachten, daß die demographischen Schwankungen einen "Verdrängungswettbewerb" auslösen könnten. Wenn in geburtenstarken Jahrgängen, die im nächsten Jahrzehnt ihre Ausbildung abschließen, der einzelne weniger Zugangschancen zu höherer Bildung hat, ergäbe sich eine spezifische Benachteiligung für sie: Ohne eine entsprechende Ausweitung des Bildungsangebots werde ein größerer Anteil williger und fähiger Jugendlicher daran gehindert, überhaupt eine Ausbildung zu bekommen, werde im Beruf daher im Vergleich zu Erwerbstätigen aus Jahrgängen mit günstigerem Bildungsangebot benachteiligt. Dieses ist das einzige Argument, das sich nicht gegen die Hochschulexpansion richtet, sondern gegen ein im Vergleich zur Jahrgangsstärke geringeres Angebot an Studienmöglichkeit und damit - in absoluten Werten - eine weitere Expansion für einen bestimmten Zeitraum unterstützt.

4.7 Folgen der Bildungsexpansion für den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt

Die bisherigen Ausführungen haben sich mit dem ersten Teil des populären Ausdrucks, mit der "Verdrängung" befaßt. Die Polemik des - sprachlich sehr problematischen - Begriffes "Verdrängungswettbewerb" richtet sich aber zugleich gegen eine angenommene Wettbewerbsverschärfung unter den veränderten Beziehungen von Bildungssystem und Beschäftigungssystem im Zuge der Bildungsexpansion.

Dabei wird auf der einen Seite behauptet, daß die Bildungsexpansion zu einem verschärften Wettbewerb

für Absolventen bei der ersten Berufssuche und im Laufe der Berufstätigkeit geführt haben, diese angenommene Verschärfung wird in dieser Argumentation negativ bewertet. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt ist es durchaus denkbar, daß sich im Augenblick einer Verschiebung des Verhältnisses von Bildungsabschluß und Beruf die Bewerberzahlen für bestimmte Stellen erhöhen. Es kann sein, daß etwa bei einem Beruf, den früher typischerweise Realschulabsolventen mit anschließendem Fachschulabschluß übernahmen, sich infolge eines Überangebotes an Hochschulabsolventen plötzlich neben dieser Gruppe auch Abiturienten und Fachhochschulabsolventen bewerben und zunächst einmal

der Wettbewerb um eine Stelle steigt. Erweist sich dabei aber für die Stellenvergabe dann tatsächlich das höhere Bildungsniveau als entscheidend, dann - so kann man aus internationalen Erfahrungen sehen - wird das auch so publik, daß sich bald nicht mehr die Realschulabsolventen für diese Berufe bewerben und die Zahl der Bewerber je Stelle sich wieder auf normale Größen einpendelt. Nur zu Beginn eines Prozesses von "upgrading" erhöht sich die Bewerberzahl; eine Erhöhung der Bildungsvoraussetzungen für bestimmte Berufe geht aber gewöhnlich nicht mit einer Verschärfung des Wettbewerbs einher. Auch unter den Hochschulabsolventen ergibt sich langfristig kein verschärfter Wettbewerb: Je weniger ein Hochschulabschluß bestimmte privilegierte Positionen garantiert, desto mehr werden auch ergänzende Merkmale des Bildungszertifikats - Fach, bestimmte Hochschule, Note usw. - in die Bewertung der Bewerber einbezogen und auch von den Absolventen vor ihrer Bewerbung antizipiert, so daß ein immer härter werdender Wettbewerb um die Berufspositionen nicht in Sicht ist.

Auch für die berufliche Karriere mögen die Bildungsexpansion und die damit verbundenen Veränderungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem teils wettbewerbsverschärfend, teils wettbewerbsreduzierend wirken. Ersteres mag der Fall sein, weil bei einem angenommenen Überangebot an Qualifikationen der Spielraum für den Arbeitgeber erhöht wird, nach anderen Kriterien als dem Bildungserfolg auszuwählen und zu belohnen. Für eine Wettbewerbsreduzierung spricht die unabhängig davon beobachtbare Tendenz einer zunehmenden Bewertung von Zertifikaten, solange diese - wie bisher - gewöhnlich vorberuflich erworben werden.

Auf der anderen Seite wird angenommen, daß die Expansion der weiterführenden Bildung einen verschärften Wettbewerb im Bildungssystem ausgelöst habe; die Folgen des Numerus Clausus etwa werden dafür als Indikatoren angeführt. Der Versuch, sich durch Bildung Statusvorteile zu sichern, führe - so wird in dieser

Kritik hervorgehoben, der zum Teil eine Kritik starken Wettbewerbs überhaupt zugrunde liegt, zum Teil aber auch der Wunsch, den Wettbewerb auf das Beschäftigungssystem zu konzentrieren - im Zuge der Bildungsexpansion zu einer Wettbewerbsverschärfung.

Die Meinungen gehen darüber auseinander, ob im Zuge einer Ablösung feudaler Verhältnisse durch eine "Leistungsgesellschaft" nicht ohnehin eine größere Anzahl von Personen sich um den Erwerb von Merkmalen bemüht, die soziale Belohnung versprechen - sei es nun Körperkraft, Vasallentreue, politische Konformität oder mehr formale Bildung -, oder ob vom Bildungssystem ein genuiner Beitrag zu einem verschärften Wettbewerb um den Erwerb belohnter Merkmale ausgeht - etwa als Folge der Bildungswerbung. Aber selbst wenn in der Vergangenheit aktive Bildungspolitik den Wettbewerb verstärkt haben sollte, besteht heute kein Grund zum Zweifel, daß nun gerade ein Zurückschrauben der Bildungsexpansion den Wettbewerb um den Bildungserfolg zu einem Ausmaß steigern würde, den wohl alle für unerträglich hielten. Hochschulexpansion verspricht hier eher eine Verringerung des Wettbewerbs im Bildungssystem - von manchen, die über den Verdrängungswettbewerb beim Übergang in den Beruf klagen, wird dies gerade als Fehler der Expansion bezeichnet: Weil im Bildungssystem nicht die "notwendige" Auslese geleistet werde, entstünden Probleme beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf.

4.8 Verborgene Argumente

Mit dem Terminus "Verdrängungswettbewerb" - so kann man zusammenfassend feststellen - verbindet sich stärker als mit den vorher behandelten Termini die These, daß sich durch die veränderten Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem die Lebensperspektiven der Jugendlichen verschlechterten; die Argumentation hat relativ breiten gesellschaftlichen Rückhalt und versteht sich gerade als ein Argument für die sozial Schwächeren. Sie setzt sich mit den reformerischen Ansprüchen der Chancengleichheit und besseren Förderung der Individuen infolge der Bildungsexpansion auseinander und postuliert, daß im Gegenteil gerade eine Verschlechterung eingetreten sei.

5. Bildung und Arbeitslosigkeit

5.1 Bildungsabschluß und Arbeitslosigkeitsrisiko

Die Frage, in welchem Zusammenhang die Bildungsexpansion zu Umfang und Verteilung der Arbeitslosigkeit steht, ist in den Diskussionen der letzten Jahre relativ offen geblieben. In diesem Themenbereich haben sich nicht in ähnlicher Weise bestimmte Schlagworte und Deutungen in den Vordergrund gespielt wie bei den Themenbereichen der vorangehenden Kapitel.

Bevorzugt richtet sich in den letzten Jahren die Diskussion auf die Frage, wie die unterschiedlichen Arbeitslosenquoten je nach Bildungsabschluß zu erklären seien. Der Befund, daß die Arbeitslosigkeitsquote um so geringer ist, je höher der formale Bildungsabschluß ist, stand dabei im Mittelpunkt der Betrachtungen. Der daraus zuweilen gezogene Schluß, ein Jugendlicher könne durch Bemühungen um ein möglichst hohes Bildungsniveau sein Risiko verringern, wurde vor allem mit drei zusammenhängenden Argumenten kritisiert:

Die Unterschiede ließen sich vor allem aus der größeren Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst erklären, in dem überproportional viele Personen mit höheren Bildungsabschlüssen tätig seien; der Unterschied gelte in erster Linie für Personen, die bereits erwerbstätig seien, jedoch nicht für Berufsanfänger; der Unterschied werde sich mit dem Andauern relativ hoher Arbeitslosenquoten aufheben. Eine weitere Differenzierung der Daten zur Arbeitslosigkeit stellt die Berechtigung der ersten beiden Einwände in Frage. Die Entwicklung im Laufe der Zeit ist bisher nicht hinreichend kontinuierlich gelaufen, um eine eindeutige Trendaussage machen zu können.

Nicht unberechtigt, aber bisher in wissenschaftlichen Studien nicht überprüft, ist ein weiterer Einwand gegen die genannte strategische Schlußfolgerung:

Die Unterschiede der Arbeitslosigkeitsquoten beruhten in erster Linie auf defizitären Arbeitstugenden - insbesondere bei Personen ohne Hauptschulabschluß -, die nur

sehr begrenzt durch Bildungsmaßnahmen bzw. individuelle Bildungsentscheidungen verändert würden.

5.2 Verweildauer in Bildungs- und Beschäftigungssystem

Die vorangegangenen Überlegungen betrafen lediglich die Verteilung des Arbeitslosigkeitsrisikos nach Bildungsabschluß. Zuweilen wird jedoch in der Diskussion über die Perspektiven von Jugendlichen auch auf Zusammenhänge von Bildung und Gesamtmenge der Arbeitslosigkeit hingewiesen.

Da sich vollzeitliche Bildung und vollzeitliche Berufstätigkeit ausschließen, verringert mit der Ausdehnung der vollzeitlichen Bildungsdauer die Zahl der potentiell Berufstätigen. Zu Zeiten weitgehender Berufstätigkeit wurde zuweilen die These vertreten, daß eine lange Ausbildungsdauer zu viele Personen binde, da die verlängerte Bildungsdauer sich nicht entsprechend in erhöhter Arbeitsproduktivität niederschlage und die vermehrte Bildung Kosten verursache, sei die lange Bildungsdauer ein Hemmnis für wirtschaftliche Entwicklung. Demgegenüber wurde nicht selten die These vertreten, daß die Verlängerung der Bildungsdauer die Produktivität soweit steigern werde, daß diese Entzugs- und Bildungskostenfaktoren mehr als nur ausgeglichen würden. Diese Meinungsunterschiede lösten jedoch keine heftigen Kontroversen aus; dies ist verständlich, weil lange Zeit das quantitativ relativ offene Angebot ausländischer Arbeitskräfte und die hohen Wachstumsraten keinen Grund zu sehr ernsthafter Beunruhigung gaben.

Mit der gewachsenen Arbeitslosigkeit ist das Bildungswesen als ein Ort möglicher Aufbewahrung von nicht nachgefragter Arbeitskraft stärker ins Bewußtsein gerückt.

Umstritten ist jedoch, wie die Nebenfolgen solcher Aufbewahrung im Vergleich zu anderen Formen der Verringerung des Arbeitskraftangebots (Verkürzung der Wochenstunden, früherer Ruhestand, vollzeitliche berufliche Weiterbildung, u.ä.) zu bewerten seien und ob das bestehende Ausmaß der

Arbeitslosigkeit bereits massive Interventionen erfordere.

5.3 Arbeitslosigkeit als Folge " verfehlter Bildungspolitik"

Zwei Argumente werden ^{dafür} hervorgebracht, daß die Expansion der weiterführenden Bildung Arbeitslosigkeit fördere.

- Die Expansion führe zu einer Verteuerung der Arbeitskraft; die Gegenmaßnahmen gegen die Verteuerung der Arbeitskraft - stärkere Bemühungen um Personaleinsparung, Verlegung der Produktion ins Ausland, Reduzierung arbeitsintensiver Dienstleistungen u.a.- schlägen sich in vermehrter Arbeitslosigkeit nieder. Diese Argumentation geht davon aus, daß sich die durchschnittlichen Lohndifferenzen nach Bildungsabschluß auch im Zuge der Expansion weiterführender Bildung erhalten. Nicht weniger Plausibilität hat jedoch die Annahme, daß nur Veränderungen in den Einkommensrelationen zwischen den verschiedenen Absolventengruppen eintreten, nicht jedoch eine Gesamtsteigerung der Lohnkosten.
- Die Bildungsexpansion führe zu vermehrter Fehlqualifikation; ein Facharbeitermangel etwa werde die Qualität der deutschen Produkte senken, Wettbewerbsnachteile schaffen und langfristig ^{die} Arbeitslosigkeit vermehren. Bisher ist dieses Argument m.E. primär von dem Wunsch nach Erhaltung traditioneller Sozialisationsleistungen des Bildungssystems und nach Abkühlung von Statusansprüchen getragen und in der Begründung von Fehlqualifikationen sehr vage.

5.4 Bildung und Jugendarbeitslosigkeit

Daneben wird zuweilen die These vertreten, daß die Veränderungen im Bildungssystem die Jugendarbeitslosigkeit fördern ; die weniger auf die Berufstätigkeit vorbereiteten Jugendlichen hätten gegenüber den bereits Berufserfahrenen verminderte Chancen in der Konkurrenz um Arbeitsplätze. Es ist nicht auszuschließen, daß verstärkte Bemühungen im Bildungssystem um eine generelle Grundlegung anstelle einer unmittelbaren Berufsfertigkeit einen derartigen Effekt haben. Nach dem bisherigen Stand der Diskussion erscheint es jedoch plausibler, daß andere Faktoren, wie etwa Arbeits-

platzsicherung, Jugendschutz und Lohnkostenregelungen, einen weitaus stärkeren Einfluß auf die relative Höhe der Jugendarbeitslosigkeit haben.

Schließlich wird die Vorstellung geäußert, daß mit der Expansion der weiterführenden Bildung das Arbeitslosigkeitsrisiko sich zu Lasten derjenigen verschiebe, die die Hauptschule besuchen: Je kleiner diese Gruppe werde, desto mehr kumulierten bei ihr die zu erwartenden Arbeitsmarktprobleme. Wie jedoch bereits im Zusammenhang mit der "Verdrängungs"- Diskussion ausgeführt wurde, erscheint ein solcher Schluß nur dann berechtigt, wenn davon ausgegangen werden kann, daß die Beschäftigten lediglich auf grobe Abschlußgruppen (Hauptschul-, Realschulabsolventen usw.) achten. Ein Teil der Hauptschüler wird nicht dadurch ein benachteiligter "Rest" auf dem Arbeitsmarkt, daß andere, die vor einigen Jahren mit einem guten Hauptschulabschluß hätten rechnen können, nunmehr an der weiterführenden Bildung beteiligt sind.

6. Veränderung der Lebensbedingungen von Jugendlichen zur Zeit der Ausbildung

Bisher wurde erörtert, ob und in welcher Weise der Wandel der Beziehungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem, soweit er mit der Expansion der weiterführenden Bildung zusammenhängt, sich auf die zu erwartenden Berufs- und Lebensbedingungen nach Abschluß der vorberuflichen Ausbildung auswirkt. Daneben sei jedoch auch auf die Veränderung verwiesen, die sich mit diesem Beziehungswandel von Bildungs- und Beschäftigungssystem für die Jugendlichen zur Zeit der vorberuflichen Bildung ergeben.

Die gewachsene Offenheit des Bildungssystems hat für viele Jugendliche eine bessere Möglichkeit zur Weiterentwicklung ihrer Talente gebracht. Die Auswirkungen der Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugendlichen auf die Sozialisationsleistungen der Bildungsinstitutionen sind jedoch Anlaß zu ernststen Kontroversen. Nicht selten werden als negative Auswirkungen Unsicherheit, Leistungsstreß u.a.m. hervorgehoben. Die Bewertung der beobachteten Phänomene ist sehr unterschiedlich, weil sie von einer Vielzahl unterschiedlicher pädagogischer und anthropologischer Vorstellungen ausgeht.

Es würde den Rahmen dieser Studie sprengen, eine detaillierte Übersicht über diese Phänomene und deren Bewertung zu geben. Dies ist insofern bedauerlich, als gerade die vorangehende Analyse über Veränderungen der Berufsperspektiven gezeigt hat, daß diese eher überschätzt werden. Dagegen scheint mir die These berechtigt, daß die gravierendsten Veränderungen, die sich für die Jugendlichen mit dem Wandel der Beziehung von Bildungs- und Beschäftigungssystem im Zuge der Bildungsexpansion ergeben, zur Zeit der beruflichen Bildung auftreten. Jugendpolitische Erwägungen müßten m.E. diesem Problembereich besondere Aufmerksamkeit schenken.

7. Zur Vorbildungserweiterung ("upgrading")

7.1 Zur Ambivalenz der Einstellungen zur Bildungsexpansion

Die Darstellung und Kritik der Diskussion, welche Veränderungen im Zuge der Bildungsexpansion im Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem auftreten und wie diese die beruflich-sozialen Chancen der Jugendlichen beeinflussen, hat gezeigt, daß in der oft unklaren Diskussion vor allem ein Unbehagen gegenüber zwei grundlegenden Veränderungen zum Ausdruck kommt: gegenüber einer Vorbildungserweiterung und gegenüber bildungsmeritokratischen Elementen der Gesellschaftsordnung.

Die Erweiterung der vorberuflichen Bildung - der Gegenstand dieses Kapitels - ergibt sich seit einiger Zeit und ist wohl auch in der näheren Zukunft zu erwarten. Generell wird angenommen, daß die Zahl der Lernenden und Absolventen von weiterführenden Bildungsinstitutionen wächst, die Berufspositionen einnehmen, in denen früher die Absolventen dieser Institutionen gewöhnlich tätig wurden. Wie groß dadurch die Abstimmungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt werden, ist umstritten; es wird dabei aber zumeist angenommen, daß die Absolventen, die keine Tätigkeit im Rahmen der traditionellen Aufgabenbereiche für ihre jeweiligen Absolventengruppen finden, überwiegend sonstige Tätigkeiten übernehmen, die den traditionellen Zuordnungsvorstellungen von Bildung und Beruf noch am nächsten kommen. In jedem Fall ist der auffälligste Effekt dieser Entwicklung, daß in sehr vielen Berufsbereichen die Berufstätigen eine längere Vorbildung haben, als das zuvor gewöhnlich der Fall war. Nach den bisherigen Entwicklungstendenzen zu urteilen, trifft diese Veränderung vor allem für die Berufsbereiche vom Facharbeiter bis zum "gehobenen Dienst" bzw. für "mittlere Führungspositionen" zu, weniger dagegen für an- und ungelernte Tätigkeiten auf der einen Seite und traditionelle Akademikerbereiche auf der anderen Seite.

Eine Ausweitung der Bildung kann in gewissem Maße mit einer positiven Beurteilung in der Gesellschaft rechnen, weil sie als Anzeichen einer kulturellen Weiterentwicklung

akzeptiert wird, weil dies als sinnvolle Begleiterscheinung einer technisch-wissenschaftlichen Zivilisation gilt und weil Bildung als Merkmal der Einflußreicheren in der Gesellschaft ein gewisses Prestige hat. Aber einem grundlegenden "Vertrauensvorschuß" für vermehrte Bildung stehen viele gegenteilige Empfindungen entgegen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat früher stärker verbreitete Fortschrittseuphorie relativiert; dies reduziert zugleich die Bereitschaft, mehr Bildung als zivilisatorisches Erfordernis zu akzeptieren, und auch das Vertrauen in die Hochqualifizierten. Auch war die Erwartung, daß Bildung viele gesellschaftliche Mißstände reduziere, bei uns ohnehin weniger ausgeprägt als etwa in den USA und in Japan, die eine weitere Expansion der weiterführenden Bildung erfuhren, und ist darüber hinaus in den letzten Jahren teils infolge übertriebener Erwartungen erheblich zurückgegangen, teils aber auch, weil man den Verlust traditioneller Selbstverständlichkeiten, den jede Reform mit sich bringt, klarer sieht und mehr bedauert.

Schließlich haben die verschiedensten sozialen Gruppierungen aus ihrer spezifischen Position heraus auch Anlaß, Schattenseiten der Bildungsexpansion für sich zu sehen: Arbeitgeber sehen zwar produktivitäts- und innovationsfördernde Elemente der Bildungsexpansion, aber sie sind über möglicherweise kurzfristig steigende Kosten, erhöhte Eingewöhnungsprobleme bei Berufsanfängern und gefährdete "Antragstreue" besorgt. Gewerkschafter hoffen zwar, daß vermehrte Bildung die Selbstbehauptungsfähigkeit der abhängig Beschäftigten stärkt, aber sie haben die Erfahrung, daß im allgemeinen eher diejenigen einen festen politischen Rückhalt gegen die Arbeitgeber dargestellt haben, die nicht an weiterführender Bildung partizipierten. Politiker können von mehr Bildung zuweilen mehr Verständnis, gewöhnlich aber mehr kritische Beobachtung erwarten. Personen, die keine weiterführende Bildung haben, sehen darin vielfach einen Nachteil, aber eine Hochschätzung vermehrter Bildung würde sie selbst zugleich verunsichern. Personen, die an weiterführender Bildung teilnahmen, pflegen diese zwar hoch zu schätzen, fürchten aber vielfach, daß die Bildungsex-

pansion ihnen ihre Exklusivität nimmt. Eltern wünschen ihren Kindern zwar vermehrte Bildung, um höheren Berufserfolg zu erreichen, fürchten aber vielfach die soziale Distanz, die in diesem Prozeß zu ihren Kindern entstehen kann. Lernende setzen auf die Bedeutung von Bildung und interessieren sich oft für die Bildungsinhalte, aber sie sind in ihrer Einschätzung ambivalent wegen der Sorge um den Mißerfolg, der erforderlichen Anstrengungen und des Zwanges, auch mit uninteressanten Stoffen, unangenehmen sozialen Situationen usw. fertig zu werden. Diese Liste ließe sich unschwer fortsetzen. Jede politische Entscheidung in diesem Bereich ist daher sehr ambivalenter Beurteilung ausgesetzt.

7.2 Auswirkungen im Beruf

Die grundlegenden Bewertungsprobleme von Bildung und ihrer Beziehung zum Beruf lassen sich nach der inhaltlichen Veränderung von Bildung und Beruf auf der einen Seite und der Veränderung in der statusdistributiven Beziehung von Ausbildung und Beruf unterscheiden. Natürlich bleibt zu berücksichtigen, daß diese Aspekte nicht völlig zu trennen sind, weil z.B. die Expansion weiterführender Bildung die Selektion im Beruf ändern kann oder eine höhere Bewertung von Bildungsabschlüssen Qualifikationssteigerungen beeinflussen kann. Aber zur Bewertung der Entwicklung lassen sich deutlich zwei Fragen stellen: Wie schätzt man den Tatbestand, daß viele Erwerbstätige eine längere Vorbildung haben, in seiner "qualitativen Bedeutung" für berufliches und außerberufliches Handeln ein? Wie bewertet man den bestehenden Stellenwert von Bildung bei der Zuteilung von Berufs- und Sozialchancen?

Als Folgen des Faktums, daß in dem Expansionstrend eine höhere Vorbildung de facto zur Zugangsvoraussetzung für viele Berufsbereiche wird - diese Entwicklung wird in englischer Sprache mit dem Terminus "upgrading" bezeichnet -, sollen zunächst einige Veränderungen angesprochen werden, die unmittelbar die Berufstätigkeit betreffen:

- a) In vielen Fällen mag eine Person die beruflichen Aufgaben besser wahrnehmen, als es ohne die ergänzende Bildung möglich wäre. Es gibt viele Berufe, in denen "Überqualifikation" kaum vorstellbar ist, sondern die bisherige Ausbildung eine Konvention darstellt, die mit der sozialen Bewertung der Tätigkeit zusammenhängt und mit einem jeweils unterschiedlichen Maß defizitärer Berufsausübung einherging.
- b) Der Berufsinhaber, der eine höhere Vorbildung hat als diejenige, die in seinem Bereich traditionell üblich war, mag von sich aus eine Umdefinition der Berufsrolle in einer Weise betreiben, die eine breite Verwendung seiner Qualifikationen ermöglicht.
- c) Vielfach wird angenommen, daß vermehrte Bildung die Einstellung auf breitere berufliche Aufgaben erleichtert und eine bessere Voraussetzung für Weiterbildung darstellt, die im Laufe der Berufstätigkeit erforderlich wird.
- d) Die Expansion der weiterführenden Bildung bewirkt einen Rückgang der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die typischerweise in der Hauptschule bzw. in der daran anschließenden Berufsausbildung erworben wurden.
- e) Die Bildungsexpansion macht in manchen Berufsbereichen, deren Berufsanfänger zuvor eine gezielte Berufsausbildung durchliefen, erhöhten Aufwand für Berufseinführung erforderlich - etwa als Folge einer größeren "Praxisferne" der Berufsanfänger.
- f) Die Beschäftigten verlieren in manchen Berufsbereichen durch die Bildungsexpansion ihre Sanktionsschancen, die sie besaßen, solange sie unersetzlich waren.
- g) Die zusätzliche Bildung erleichtert es für den Beschäftigten, die sozialen Zusammenhänge der Arbeitsorganisation zu verstehen und darin informiert zu agieren.

- (h) Die "überqualifizierten" Berufstätigen sind im Beschäftigungssystem aus Enttäuschung weniger leistungsstark als die "adäquat" qualifizierten.

Bereits an einer solchen kurzen Liste - die sich zweifellos ergänzen ließe - zeigen sich die Schwierigkeiten, sich über die Bewertung von "upgrading" zu verständigen:

- Bei den verschiedenen Aussagen läßt sich kaum ein Kriterium akzeptieren, das nicht seinerseits jeweils nach der zugrunde liegenden Bewertung völlig anders definiert wird. Was der eine für eine wertvolle Innovationsleistung durch zusätzliche Bildung hält, ist für den anderen ein unproduktives Verlassen bewährter Pfade.
- Für keine Position in der Debatte wird es möglich sein, nur Vorteile oder nur Nachteile im "upgrading" zu sehen. Die erwünschten und unerwünschten Folgen sind für jede einzelne Position abzuwägen.
- Die zu beobachtenden Tatbestände sind so komplex, daß auch eine eindeutige Beschreibung von prinzipiell meßbaren und vergleichbaren Folgen kaum möglich ist. So kann bisher z.B. nicht einmal überzeugend geklärt werden, ob ein "upgrading" die Lohnkosten erhöht. Ungleich schwierig sind die typischen Folgen im Sozialverhalten der Beteiligten einzuschätzen: Reagiert jemand, der nach traditionellen Maßstäben keinen "adäquaten" Beruf bekommt, in der Regel frustriert, angepaßt oder umgestaltend?
- Die Negativ-Utopien über den Verlust im Beschäftigungssystem, der durch "upgrading" eintritt, haben in der derzeitigen Debatte in der Bundesrepublik zweifellos einen Phantasievorsprung gegenüber den Utopien über positive Veränderungen im Beruf: Meistens ist man schon froh über Krisenmanagement-Modelle, nach denen wenigstens die höher Qualifizierten bescheiden werden und

sich ohne Murren in die neue Situation fügen, vielleicht noch erleichtert durch einige spezifische Notstandsprogramme für mehr oder weniger überflüssige Arbeiten von Hochqualifizierten.

- In den Negativ-Utopien über "upgrading" wird vielfach unterstellt, daß die weiterführende Bildung sich in ihren qualifizierenden und sozialisierenden Leistungen nicht wesentlich ändert. Diese Einschätzung ist durchaus verständlich, wenn man etwa bedenkt, wie abstrakt die Diskussionen über "Studienreform" und "Neugestaltung des tertiären Bildungsbereichs" in dieser Hinsicht bisher geblieben sind. Denkbar sind zum einen Veränderungen im Sinne einer Niveausenkung oder Anpassung der Ausbildungsgänge, die zuvor eine kürzere Ausbildungszeit verlangten - also ein Pseudo-"upgrading": eine Zeitverlängerung der Ausbildung ohne Veränderung der Qualifikationen. Vorstellbar sind zum anderen aber auch Veränderungen einer "aktiven Qualifizierung", die den Absolventen befähigt, in Tätigkeiten, für die er nach traditionellen Vorstellungen "überqualifiziert" ist, sein zusätzliches Bildungspotential zu einer sinnvollen Gestaltung der Berufsrolle einzubringen.

Das derzeitige bildungs- und arbeitspolitische Klima scheint kaum eine ausgewogene Bewertung der Auswirkungen einer längeren Vorbildungsdauer auf die Qualität der beruflichen Arbeit zu erlauben. Untersuchungen in diesem Bereich - unter Einschluß von Erfahrungen in anderen Ländern - wären erforderlich, um eine sachgerechtere Einschätzung der zukünftigen beruflich-sozialen Lebensbedingungen der heute Jugendlichen zu ermöglichen.

7.3 Außerberufliche Wirkungen

Eine Erhöhung der Vorbildungsdauer in den Berufen ergibt sich auch automatisch, wenn diese nicht zum Zwecke der Höherqualifizierung im Beruf, sondern für andere Handlungsbereiche der Person gefördert würde. Insgesamt kann man feststellen, daß in der gegenwärtigen Diskussion in der Bundesrepublik eher außerberufliche Wirkungen der Bildungsexpansion positiv bewertet werden als berufliche Wirkungen.

Weitgehend wird angenommen, daß zunehmend komplexer werdende gesellschaftliche Beziehungen ein höheres Bildungsniveau erfordern, um im staatsbürgerlichen Bereich, in einer Vielzahl von Alltagsproblemen und in der Freizeit sinnvoll handeln zu können. In der Politik werden die politischen Zusammenhänge ohne eine höhere Qualifizierung nur von einer Minderheit adäquat verstanden; umgekehrt kann man feststellen, daß die gesellschaftlichen Problemlösungen immer weniger adäquat durch darauf spezialisierte Instanzen erfolgen; Demokratie und Partizipation scheinen weitere Bildung zu erfordern. Auch viele Alltagsprobleme, wie etwa die Verwendung von Medikamenten, umweltgerechtes Verhalten, Kindererziehung, Beratung der Kinder in entscheidenden Fragen - etwa der Berufswahl -, Einkauf, Verträge, Steuern und Versicherungen usw., stellen wachsende Anforderungen, denen durch zusätzliche Bildung begegnet werden kann; auch hier scheint eine Arbeitsteilung mit Hilfe einschlägiger Experten nur bedingt das Individuum von eigener Information und Problemlösungsfähigkeit zu entlasten. Auch für den Freizeitbereich ist die Erhöhung des Bildungsniveaus von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Auch wenn auf diese Aspekte häufiger zur Begründung der Bildungsexpansion verwiesen wird, so ist diese Bewertung nicht unumstritten. Intellektuelle Kritik an den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen z.B. wird vielfach zum Anlaß genommen, der Bildungsexpansion eine destruktive Entfremdungswirkung im außerberuflichen Bildungsbereich zuzuschreiben. Die Auswirkungen vermehrter vorberuflicher Bildung, die über die Arbeit hinaus zu beobachten sind bzw. in Zukunft zu erwarten sind, werfen nicht weniger komplexe Bewertungsprobleme auf als die vorher aufgezeigten Fragen der Auswirkung von "upgrading" auf das Beschäftigungssystem.

Eine Stellungnahme, welche Auswirkungen das veränderte Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem auf die beruflich-sozialen Lebenschancen der Jugendlichen hat, muß die beruflichen und außerberuflichen Wirkungen von "upgrading" einbeziehen. Diese Bewertung wird von jeweils verschiedenen Prämissen unterschiedlich ausfallen. Es spricht jedoch manches dafür, daß schneller eine Verschlechterung der beruflich-sozialen Lebenschancen postuliert wird, wenn man sich das Für und Wider von "upgrading" nur unvollständig bewußt macht und sich zu sehr an die Diskussion von vorher behandelten, irreführenden Termini wie "Verdrängungswettbewerb" u.a. anlehnt.

8. Zur Problematik der sozialen Selektion durch Bildung

8.1. Grenzen des Stellenwerts von Bildung bei der Statuszu- teilung

Wie bereits in den vorangehenden Kapiteln hervorgehoben, wird die Diskussion über das Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem und dessen Bedeutung für die beruflich-sozialen Lebenschancen der Jugendlichen von dem weitverbreiteten Unbehagen geprägt, daß der Bildungserfolg bei der Zuteilung von Sozialchancen eine bemerkenswerte Rolle spielt. Dieses Unbehagen entspringt zum Teil einer zu vagen Betrachtung der Zusammenhänge und einem Ausweichen vor prinzipiellen Alternativen in der Gestaltung der Gesellschaftsordnung; es hat aber darüber hinaus grundsätzliche Bedeutung, weil es das wichtigste Bewertungsproblem für die Beurteilung des Zusammenhangs von Bildungs- und Beschäftigungssystem thematisiert. Je nachdem, wie diese grundlegende Bewertung ausfällt, mögen die Folgen für die Gesellschaft im allgemeinen und für die betroffenen Jugendlichen im besonderen akzeptiert oder abgelehnt werden.

Das Unbehagen setzt zunächst an einem vermuteten Tatbestand an - nämlich, daß Bildungserfolg tatsächlich einen bemerkenswerten Einfluß auf die Verteilung der Sozialchancen hat. Dieser Tatbestand ist jedoch keineswegs so unproblematisch, wie es auf den ersten Blick - vielleicht bei der Beobachtung des "Berechtigungswesens", von Statistiken über den Zusammenhang von Bildungsabschluß und Einkommen usw. - erscheint.

Seit über einem Jahrzehnt entwickelt man in der Forschung über den Zusammenhang von Bildung und Sozialchancen jedoch weit differenziertere Analysemodelle. Dabei versucht man zum einen zu untersuchen, wieweit die mit dem Bildungsabschluß zertifizierten Unterschiede tatsächlich im Bildungssystem verursacht werden oder durch andere Faktoren wie soziale Herkunft, genetisches Potential und sonstige Lebensumstände während der

Ausbildung. Zum anderen werden die Unterschiede im beruflichen Erfolg und deren Zusammenhang mit Bildung weitaus genauer registriert, als dies in den alltäglichen Beobachtungen über Zugangsberechtigungen und der Bewertung von Bildungsabschlüssen bei der Rekrutierung geschieht. Solche Untersuchungen kommen gewöhnlich zu dem Schluß, daß der sozioökonomische Status, den eine Person erreicht, nur etwa zu einem Zehntel aus dem Bildungserfolg erklärt werden kann. In manchen Studien erscheint Bildung noch der Faktor zu sein, der den höchsten Erklärungswert hat, in anderen nicht; aber in jedem Falle erklärt Bildung nur einen begrenzten Wert in solchen Varianzanalysen. Diese Studien stehen zwar vor dem gravierenden methodischen Problem, daß die einzelnen Faktoren in der Realität nicht unabhängig voneinander wirken; insofern sind die Ergebnisse in gewisser Weise artifiziell. Aber im Vergleich zu der öffentlichen Diskussion über Bildungs- und Sozialchancen - sei es nun die Chancengleichheitsdiskussion vor einiger Zeit oder das Unbehagen an der sozialen Selektion durch Bildung - können die Zahlen nur einen ernüchternden Effekt haben: Der Einfluß von Bildung bei der Zuteilung von Sozialchancen ist bemerkenswert gering.

Für manche Erkenntnisziele ist es in der Tat möglich, bei dieser Feststellung des relativ geringen Einflusses von Bildung stehen zu bleiben: Fragt man etwa, ob sich die soziale Mobilität durch eine Vergrößerung der Chancenoffenheit von Bildung erhöht und in welchem Umfange die Gesellschaft den bisher untersten sozialen Gruppen durch Bildungsmaßnahmen den Weg in höhere soziale Gruppen ebnet, so ist die gemessene Varianz für sich relativ aussagekräftig. Anders sieht es jedoch aus der Perspektive des Individuums aus. Wird ihm vorge-rechnet, daß sein Schicksal etwa in gleichem Maße durch soziale Herkunft, Glück und Bildung geprägt wird, so kann es daraus nicht den Schluß ziehen, sich andere Eltern auszu-suchen und das Glück zu pachten, um sozialen Erfolg zu haben, wohl aber, sich um Bildungserfolg zu bemühen. D.h. durch die Handlungsperspektive erfolgt eine eigene Gewich-tung der Faktoren nach der Machbarkeit, und dabei hat Bil-dung ein entscheidendes Gewicht.

Auch für bestimmte Fragen der Gesellschaftspolitik gilt, daß die Bedeutung der Faktoren nicht allein nach der statistischen Varianz, sondern nach der Machbarkeit betrachtet werden muß. Wobei allerdings die "Machbarkeit" weniger eindeutig abgegrenzt ist als für das Individuum. Hier spielen weit- aus stärker als beim Individuum Fragen der Legitimität politischen Handelns eine Rolle. In der gegenwärtigen politischen Diskussion in der Bundesrepublik gilt es als selbstverständlich, daß der Staat einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Bildungschancen nimmt, aber nur sehr begrenzt unmittelbar auf Selektionsprozesse im Beschäftigungssystem. Dabei wird gewöhnlich vergessen, daß um 1960 auch die staatliche Einflußnahme auf die Selektion im Bildungssystem sehr umstritten war.

Bildung ist darüber hinaus in seinem Effekt für die Sozialstruktur einflußreicher, als aus der Perspektive der erwähnten Untersuchungen berücksichtigt wird. Selbst wenn die mit dem Abschluß zertifizierten Unterschiede nur zum Teil durch das Bildungssystem selbst geschaffen werden, trägt die Bescheinigung der Unterschiede im Bildungsabschluß mit dazu bei, Unterschiede in der sozialen Belohnung als weitgehend angemessen gegenüber den Anforderungen im Beschäftigungssystem zu rechtfertigen. Der Zusammenhang von Bildungsabschluß und Berufserfolg legitimiert eher die Nützlichkeit der Selektion als die Chancengleichheit im Bildungssystem. Für solche Fragestellung ist nicht mehr die Messung des Bildungserfolges interessant, sondern allein der Zusammenhang von Bildungsabschluß und Beruf bzw. sozioökonomischem Status. Auch hier wird häufig der Einfluß von Bildung im Vergleich zu anderen Faktoren überschätzt. Unbestritten ist aber, daß Bildung "the single best predictor of future success" ist.

8.2 Zur Frage der "Funktionalität" der sozialen Selektion durch Bildung

Die Diskussion, ob der beobachtbare Einfluß von Bildung bei der Zuteilung von Sozialchancen wünschenswert sei oder nicht, zeigt, daß die Stellungnahme typischerweise von zwei unterschiedlichen Grundprämissen ausgeht. Zum einen wird die bestehende Sozialstruktur - dabei insbesondere die Wirtschaftsstruktur, Organisation der Arbeit, Ungleichheit der sozialen Gratifikation und weitgehende Bindung der Sozialchancen an die Stellung und das Verhalten im Beruf - als gegeben akzeptiert und gefragt, ob der gegenwärtige Stellenwert von Bildung bei der Zuteilung von Sozialchancen "funktional" sei. Diskutiert wird ein Optimierungsproblem - die beste Form der Beteiligung des Bildungssystems an der sozialen Selektion - im Rahmen eines ansonsten unbefragten Systems.

Zum anderen wird mit der besonderen Frage des Zusammenhangs von Bildungssystem und Beschäftigungssystem zugleich das allgemeine Problem der Legitimität des bestehenden Systems diskutiert. Welche Zielvorstellungen etwa von "Leistungsgerechtigkeit", sozialer Offenheit, Erwartungssicherheit, Produktivitätssteigerung usw. bestehen in unserer Gesellschaft, und in welcher Weise prägen sie die Bewertung der statusdistributiven Wirkungen von Bildung?

Sicherlich kann man einwenden, daß die saubere Trennung der beiden Aspekte nicht möglich **sei**. In die Entscheidungen der Betriebe z.B., Personen bestimmte Positionen zuzuordnen, geht gewöhnlich bereits ein Optimierungskalkül ein, das bereits in gewissem Umfange auch andere Perspektiven über die gesellschaftlich angemessene Selektion einbezieht. Umgekehrt könnte man die Optimierung unter den akzeptierten Systembedingungen als eines von unterschiedlichen Ansätzen zur Bewertung dessen, was legitime Selektion sei, interpretieren. Jedoch ist die Vorgehensweise der Diskussion - Einordnung der spezifischen Phänomene in einen ansonsten unbefragten Bedingungsrahmen der Gesellschaft einerseits und Öffnung der

Diskussion über das Für und Wider der gesamten Konstellation - systematisch unterschiedlich und soll im folgenden getrennt diskutiert werden.

Ausgehend von dem Wunsch, die Selektion nach den gegenwärtigen Bedingungen des Beschäftigungssystems zu optimieren, wird vielfach behauptet, daß die beobachtbare soziale Selektion durch Bildung sich für das Beschäftigungssystem zunehmend als dysfunktional erweise. Eine stärkere Verlagerung der Selektion in das Beschäftigungssystem bzw. eine stärkere Orientierung der Selektion im Bildungssystem an den Anforderungen im Beschäftigungssystem wird demgegenüber gefordert.

Diese Annahme steht etwa im Mittelpunkt der bildungsökonomischen Kontroversen über "credentialism". Insbesondere auf der Basis von Kosten-Nutzen-Analysen kommt man gewöhnlich zu dem Ergebnis, daß sich in der Regel lohnende individuelle Ertragsraten für Bildungsinvestitionen ergeben; auch nach Berechnung der gesellschaftlichen Ertragsraten für Bildungsinvestitionen kommt man gewöhnlich zu der Annahme, daß die Bildungsexpansion ökonomisch lohnend sei. Auf der Basis anderer Informationen und Überlegungen jedoch - nicht zuletzt der dominanten Bedarfvorstellungen im Beschäftigungssystem - kommt man häufig zu dem Schluß, daß die Bildungsexpansion nicht mehr mit ökonomischem Nutzen zu begründen sei. Dies hat eine intensive Diskussion ausgelöst, ob Bildungszertifikate im Beschäftigungssystem überbewertet werden und ob die Entlohnung der Beschäftigten weitgehend in Einklang mit dem Nutzen der Qualifikationen erfolge oder ob in der Belohnung des Bildungsranges das expandierende System nur noch als ein - sehr teurer - Filter der Talente benutzt werde, der ohne die starke Expansion im Grunde ebenso nützlich sein könnte. Auf der Basis der Ertragsratenanalysen können zwar eine Fülle von Störfaktoren festgestellt werden, die einen Schluß von der Belohnung von Bildung auf deren ökonomischen Nutzen erschweren; im Rahmen des Denkansatzes bleibt es aber letztlich die Frage ökonomischer Glaubensbekenntnisse, ob die derzeitige Belohnung des Bildungsranges überwiegend nützlich ist oder nicht. Weitere Klärungen müssen die Selektionspro-

zesse und die Ausbildungs- und Berufsinhalte genauer in Augenschein nehmen.

Die Selektion im Bildungssystem kann in keinem Fall in vollem Umfange nach den Kriterien erfolgen, die im Beruf für unterschiedlich bewertetes Verhalten bei der Arbeit ausschlaggebend sind. Eine gewisse Spannung zwischen naheliegenden Selektionskriterien im Bildungswesen und Beschäftigungssystem ist nicht aufzuheben. Veränderungen der Arbeitsanforderungen können sich nicht jeweils entsprechend in der Selektion im Bildungssystem niederschlagen, da zwischen der Veränderung der Anforderungen, korrespondierenden Modifikationen in der Ausbildung und dann schließlich der Berufstätigkeit der unter veränderten Bedingungen Qualifizierten ein "time lag" besteht. Die Selektion im Bildungssystem kann nicht so vielfältig differenziert werden, wie es der Verschiedenheit der Einsatzbereiche im Beruf entspricht. Bildung versucht nicht alle Dimensionen von Qualifikationen und Sozialfertigkeiten zu beeinflussen und bei der Evaluation des individuellen Bildungserfolges zu berücksichtigen, die im Beschäftigungssystem eine Rolle spielen; es bewertet im Vergleich zur Berufssituation stärker kognitive Merkmale und berücksichtigt in gewissem Maße die Entwicklung der Wissenssysteme, die nur z.T. im Einklang mit den Schwerpunkten der Anwendung des Wissens korrespondiert. Schließlich ist es systemnotwendig unvermeidbar, daß die Wertvorstellungen, die in die Bestimmung der Bildungsziele und auch die Beurteilung des Erfolges der Lernenden eingehen, zum Teil von den Wertvorstellungen abweichen, die berufliche Anforderungen und beruflichen Erfolg bestimmen.

Dies bedeutet aber nicht, daß die Selektion "funktional" würde, wenn man sie ganz in das Beschäftigungssystem verlegte. Das wäre nicht nur aufwendig, sondern es wäre auch von der Sache her nur sehr begrenzt möglich, die jeweils erfolgversprechenden Qualifikationsmerkmale in den Arbeitsstätten selbst zu messen. Auch bedarf die Gesellschaft einer Qualifikationsbeurteilung nach universellen Maßstäben, für die in den beschäftigenden Organisationen gewöhnlich die Voraussetzungen fehlen; das Zertifikat garantiert eine gewisse

Mindestqualifikation, auf die sich der Abnehmer der Arbeitskraft (der Arbeitgeber oder der Konsument) verlassen kann. Ferner hängt der Erfolg beruflichen Handels oft gerade von der Befähigung des Individuums ab, selbst einen Weg zu finden, seine Leistungen gegenüber den typischen Bewertungsmaßstäben im Bildungssystem und im Betrieb aufeinander abzustimmen; vielfach ist ein Ingenieur auch für den Betrieb nur wertvoll, wenn er selbst in seinem Handeln die Prinzipien, die aus dem System Technik in der Ausbildung sozialisiert wurden - etwa technische Innovationen zu fördern-, und die aus dem System Betrieb - etwa kostengünstig zu produzieren - gewonnen werden, miteinander sinnvoll vereinbaren kann. Daher ist in vielen Fällen gerade eine komplementäre Selektion "funktional". Diese Spannung der Selektionskriterien in Bildungssystem und Beschäftigungssystem legt es in der Regel nahe, Bildungserfolg im Beschäftigungssystem unter anderem zu berücksichtigen. Damit ergibt sich aber bereits eine solche Bedeutung des Bildungserfolges, wie sie oft als unangemessen beurteilt wird.

Einige weitere Überlegungen, die in wissenschaftlichen und politischen Diskussionen zur Frage der Funktionalität von beruflich-sozialer Selektion im Bildungssystem eine Rolle spielen, seien nur in kurzen Thesen skizziert:

a) Soziale Selektion durch das Bildungssystem ergibt sich nicht nur in dem Fall, daß Bildungserfolge explizit im Beschäftigungssystem berücksichtigt werden, sondern auch dann, wenn die Selektionskriterien im Beschäftigungssystem selbst soweit in sachlichem Zusammenhang mit den Selektionskriterien im Beruf stehen, daß eine positive Korrelation zwischen Bildungs- und Berufserfolg entsteht. Im letzteren Fall entfällt lediglich die symbolische Funktion der Berücksichtigung von Zertifikaten, nicht jedoch die Rationalität des Kalküls für das Individuum, sich zur Verbesserung seiner Sozialchancen um den Bildungserfolg zu bemühen.

b) Die "Funktionalität" der Selektion im Bildungssystem für den Beruf ist prinzipiell durch den zeitlichen Abstand zwischen Bewertung und tatsächlicher Realisierung der beruflichen Leistung eingeschränkt. Spätere persönliche Entwicklungen im Beruf schränken den Prognosewert von Bildungserfolgen ein, ohne ihn jedoch völlig aufzuheben.

c) Da in jedem Falle die Bewertung der Leistungen - gleichgültig, wie weit die Selektion im Beschäftigungssystem durch den Bildungserfolg vorentschieden wird - weit von jeder Perfektion entfernt ist, ist es für das Beschäftigungssystem völlig rational, anderen Überlegungen als der Güte der Leistungsmessung bei der sozialen Gratifikation ein großes Gewicht einzuräumen.

d) Ein entscheidender Gesichtspunkt ist unter diesen Umständen, wie Konkurrenz im Beruf bewertet wird. Eine partielle Bewertung des Bildungserfolges ist üblich, um einerseits in gewissem Umfange Erwartungssicherheit sowie eine Kontinuität in der Anwendung von Qualifikationen zu sichern und andererseits Einsatzbereitschaft im Beruf zu stimulieren.

e) Ebenso spielen die Rückwirkungen veränderter Selektionen im Beschäftigungssystem auf das Bildungssystem eine Rolle. Konkurrenz im Bildungssystem kann einerseits als störend für Bildungsprozesse verstanden werden (etwa die Diskussion über N.C.); aus der Perspektive des Beschäftigungssystems sind aber auch Leistungsstimulierung, Sozialisation und Wettbewerb, Handeln nach unbefragten Zielen unter Streß o.ä. nicht unerwünschte Bildungsziele. Insgesamt dürfte die Bewertung der Konkurrenz im Bildungssystem aus der Perspektive des Beschäftigungssystems wesentlich anders ausfallen als aus der Perspektive der Pädagogen.

f) Selektion kann - gleichgültig, wie sie über Bildung und Beruf verteilt ist - nicht perfekt nach eindeutigen Kriterien erfolgen. Zeitpunkt, "Ort" und Kriterien der Selektion hängen deshalb auch davon ab, wie sie dazu beitragen können, ein

imperfektes Selektionssystem zu begründen. Die beschäftigenden Organisationen z.B. scheinen - diesen Schluß läßt die gewöhnlich beobachtbare Personalpolitik zu - daran interessiert zu sein, die Selektion nur zum Teil beschäftigungssystemintern durchzuführen, um ihre Begründungslast zu erleichtern und die Entscheidungen mit externer Hilfe abzusichern.

g) Wenn das Angebot von Absolventen weiterführender Bildungsgänge den angenommenen Bedarf übersteigt, ändert sich die zuvor skizzierte Situation nicht grundlegend. Man kann geneigt sein, einen rückläufigen Stellenwert der sozialen Selektion durch Bildung zu vermuten, weil dadurch die insgesamt als zu hoch angesehenen Bildungsmotivationen gedämpft würden und weil bei einem reichlich empfundenen Qualifikationsangebot die beschäftigenden Organisationen mehr Möglichkeiten haben, weitere Kriterien (etwa die politische Einstellung, die Betriebsloyalität u.ä.) bei Auswahlentscheidungen hoch zu bewerten. Zugleich wächst jedoch für die beschäftigenden Organisationen die Schwierigkeit, bei reichlichem Qualifikationsangebot die soziale Hierarchie, die Vorenthaltung bestimmter Positionen usw. im Beschäftigungssystem selbst zu begründen, wenn viele Personen die Aufgaben übernehmen könnten und die Ungleichheit der Belohnung weniger als notwendig zur Stimulierung seltener Talente begründet werden kann; damit wird wiederum verständlich, daß verstärkte Legitimation der Selektion mit Hilfe des Bildungssystems gesucht wird.

Die Analyse zeigt, daß sicherlich die soziale Selektion von Bildung Folgen für das Beschäftigungssystem hat, die die Imperfektion der Selektion gegenüber den Zielvorstellungen einer perfekten "Leistungsgesellschaft" unterstreichen. Es scheint aber fraglich, ob dieser Zustand wesentlich verändert würde, wenn versucht würde, die Selektion stärker auf das Beschäftigungssystem zu konzentrieren, weil dadurch zum einen ein Rückwirkungseffekt auf die Selektion im Bildungssystem wahrscheinlich groß bleibt und zum anderen neue "Dysfunktionen" auftreten. Es ist auch fraglich, ob sich durch die Bildungsexpansion viel in dieser Hinsicht verändert. In gewissem

Umfange bleibt die endgültige Bewertung aber auch davon abhängig, wie Konkurrenz- und Legitimationsprobleme bewertet werden. Die Annahme jedoch, daß die bestehende Selektion für das bestehende System weitaus besser wäre, wenn sie stärker auf das Beschäftigungssystem konzentriert würde, schätzt sicher die Möglichkeiten dazu und die Folgen davon unrealistisch ein. Der breite Rückhalt dieser Vorstellung beruht, so wird man deshalb wohl annehmen können, eher darauf, daß man die Legitimität der sozialen Selektion durch Bildung selbst in Zweifel zieht.

8.3 Das Unbehagen an der Bildungsmeritokratie

Die Diskussion, wie eine relativ "offene Leistungsgesellschaft" zu beurteilen sei, bei der der Bildungserfolg einen gewissen Einfluß auf die Zuteilung von Sozialchancen hat, geht zweifellos über die Fragestellung hinaus, welche Formen und Methoden der Selektion sich als berufsnützlich erweisen: Die Angemessenheit der sozialen Ordnung der Gesellschaft insgesamt ist damit thematisiert.

Bezeichnend für die meisten Argumente für oder gegen eine Gesellschaft mit bildungsmeritokratischen Zügen - für eine Gesellschaft, in der eine gewisse Offenheit der Bildungschancen und ein gewisser Einfluß des Bildungserfolges auf den sozioökonomischen Status besteht - ist es jedoch, daß meistens nur einzelne Phänomene kritisiert werden, aber eine Erläuterung der jeweils eigenen Position nicht erfolgt. Die Diskussion ist in zweierlei Hinsicht konfus: Bildung wird kritisiert, obwohl sich in Bildung einige Grundelemente der Sozialordnung manifestieren, die anzusprechen wären; einzelne Aspekte dieser Sozialordnung werden indirekt kritisiert, ohne Konsequenzen für die soziale Selektion und Struktur sozialer Ungleichheit insgesamt anzusprechen. Vergeblich fragt man gewöhnlich bei Argumenten "inadäquater Einsatz" von Hochschulabsolventen, "Verdrängung" usw., welches Bild von sozialer Gerechtigkeit zugrunde liegt. Vielfach drängt sich die Vermutung auf, daß bildungsmeritokratische Züge der Gesellschaft insgesamt auf weitaus größere Zustimmung in der Gesellschaft stoßen, als die unmittelbare Kritik an Problemen von Bildung und Beruf erwarten läßt; dies wird jedoch nicht bewußt, wenn die Kritik nur einzelne Phänomene aufnimmt.

Da die Diskussion über die Bedeutung des Verhältnisses von Bildungs- und Beschäftigungssystem nur höhere Rationalität gewinnen kann, wenn deren Beziehungen zur Sozialstruktur insgesamt stärker bewußt werden, seien hier einige grundlegende Fragestellungen aufgeworfen, die zur Beurteilung bildungs-

meritokratischer Phänomene zentral sind:

a) Wenn man davon ausgeht, daß die Struktur sozialer Ungleichheit gegeben sei, die Selektionskriterien jedoch variabel seien, bliebe zu klären, welche Grundprinzipien dabei wünschbar wären: die "Machbarkeit" des Erfolges für den Einzelnen, die Fairneß der Beurteilung, die Transparenz der Beurteilungskriterien, eine große Chance mit entsprechend großem Risiko oder kleine Chancen zur Veränderung der sozialen Lage bei größerer Erwartungssicherheit usw. Für viele der oft als erwünscht betrachteten Grundprinzipien gilt, daß sie in einem stärkeren Maße bei der Selektion im Bildungssystem eingelöst werden können als im Beschäftigungssystem.

b) Zu fragen ist in jedem Falle, welche Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensweisen als angemessene Voraussetzungen für den beruflichen Erfolg angesehen werden? Bedeutet etwa das "Verdrängungs"-Argument, daß Bildungserfolg unangemessener sei als Körperkraft, devotes Verhalten gegenüber Vorgesetzten, Verausgabung bei der beruflichen Tätigkeit usw.?

c) Wieweit ist die Kritik an den Schattenseiten bildungsmeritokratischer Züge der Gesellschaft darin begründet, daß man für den öffentlich verantworteten Bereich der Bildung eine perfekte Demonstration sozialer Gerechtigkeit der Auswahlkriterien erwartet, für den Bereich des Beschäftigungssystems jedoch die Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit der Kriterien gar nicht stellt?

d) Was sind die Grundlagen der Kritik an einer bedingt bildungsmeritokratischen Gesellschaft, daß diese Erwartungsunsicherheit schaffe, zur Individualisierung des Versagens beitrage und eine "Restgruppe" der Gesellschaft von der übrigen Bevölkerung in der Tendenz isoliere? In einem gesellschaftlichen Prozeß, in dem allmählich eine herkunftsbestimmte Verteilung der Lebenschancen durch meritokratische Elemente eingeschränkt wird, mag eine Kritik an diesem Prozeß ebenso für eine Egalisierung wie für eine Re-Feudalisierung Partei nehmen.

f) Sind Bemühungen um eine Öffnung der sozialen Chancen je nach wirtschaftlicher und politischer "Großwetterlage" völlig unterschiedlich zu beurteilen? Sind sie nur angemessen, wenn wirtschaftliches Wachstum das Gefühl begünstigt, daß Chancenoffenheit vor allem Aufstiegschancen eröffnet, nicht dagegen, wenn bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten das Abstiegsrisiko stärker bewußt ist?

Werden diese und ähnliche Fragen über Nützlichkeit und Wünschbarkeit von Einflüssen des Bildungssystems auf die Zuteilung von Sozialchancen nicht verarbeitet, so bleibt die Diskussion über Probleme, die in den vorangegangenen Kapiteln behandelt wurden, unverständlich.

9. Schlußbemerkungen

Unter den bestehenden Bedingungen von wirtschaftlichen Problemen, Reformaversion und Enttäuschung über die übertriebenen Segnungen der Bildungsexpansion besteht die Gefahr, die Veränderungen in der Beziehung von Bildungssystem und Beschäftigungssystem vorschnell als Beitrag zur Verschlechterung der Lebenschancen für Jugendliche zu verstehen. In dieser Grundstimmung fühlt fast jeder sich als Verlierer der Bildungsexpansion. Betrachtet man die Zusammenhänge genauer, so zeigt sich, daß dieses Urteil nur berechtigt ist, wenn man vorberufliche Bildung tatsächlich als störend für die Arbeit und außerberufliche Bereiche empfindet, wenn man andere Persönlichkeitsmerkmale für legitimere Einflußfaktoren auf den sozialen Status hält und wenn man den Zusammenhang von Bildung und Sozialchancen in den Rahmen einer veränderten Sozialordnung stellen möchte. Wie man die Bedeutung des Verhältnisses von Bildungssystem und Beschäftigungssystem für die Lebenschancen der Jugendlichen bewertet, wird auch nach einer adäquaten Analyse der Probleme unterschiedlich ausfallen; vielfach dürfte dann jedoch die Koalition der massiven Kritik an den Folgen der Expansion der weiterführenden Bildung aufgekündigt oder nicht so uneingeschränkt unterstützt werden.